

# Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



Türkei wie weiter? Gezi-Park vor und unmittelbar nach der Räumung

- *Wahlparteitag Die Linke: Raus aus der Defensive! – S. 4*
- *Extreme Naturereignisse kann man nicht verhindern, aber die Folgen abmildern – S. 5*
- *NSU-Anschläge: Beratung für Betroffene in Köln – S. 13*
- *Transnationale Unternehmensvereinbarungen, ein Aspekt im Umbruch der Arbeitsbeziehungen – S. 15*
- *Wenn immer mehr Särge kommen: Trauerrituale für die „Gefallenen“ der Bundeswehr – S. 19*

**Ausgabe Nr. 7 am 4. Juli 2013, Preis 4,00 Euro**

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

## Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK  
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

**Herausgegeben vom** Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

**Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:**

**Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung:** Rüdiger Lötzer, Postfach 210112, 10501 Berlin, E-Mail: ruediger-loetzer@onlinehome.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

**Regionales / Gewerkschaftliches:** Thorsten Jannoff, Tel. 0209/81 53 43 oder 0178/2 87 75 71, E-Mail: t.jannoff@web.de

**Diskussion / Dokumentation:** Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11/62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

**In & bei der Linken:** Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de  
**Letzte Seite:** Alfred Küstler, Anschrift Aktuelles.

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

**Verlag:** GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

**Bezugsbedingungen:** Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

**Druck:** GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln  
**Abos:** GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart. stuttgart@gnn-verlage.com

## Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ..... Stück pro Ausgabe der PB

o 1 Ausgabe für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name: .....

Straße: .....

Postleitzahl/Ort: .....

Kto-Nr. ....

BLZ: .....

Bank: .....

Unterschrift: .....

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

## Türkei: wie weiter?

Für den 15./16. Juni hatte DIDF kurzfristig eine Delegationsreise nach Istanbul organisiert, an der ich mit meinem Bürgerschaftskollegen Mehmet Yildiz und dem Grünen-Bezirksabgeordneten Yusuf Uzundag teilnahm. Wir sprachen u.a. mit Abgeordneten – einem Unabhängigen und einer BDP-Abgeordneten –, einer Vertreterin der Konföderation der Revolutionären Arbeitergewerkschaften der Türkei DISK und Redakteuren des damals aktuell von einem Verbot bedrohten Fernsehsender Hayat TV. Viele Stunden verbrachten wir im Gezi-Park, der unmittelbar an den Taksim-Platz grenzt, und erlebten unmittelbar die brutale Polizeigewalt vor und nach der Räumung.

Mein erster Eindruck bei der Ankunft im Atatürk-Flughafen: Unzählige Passagiere aus arabischen Ländern lassen die Bedeutung Istanbul als Drehkreuz zwischen Ost und West erahnen. Hier muss oft umsteigen, wer aus europäischen Ländern in den Nahen Osten fliegt. Für Touristen und Geschäftsleute aus arabischen Ländern ist Istanbul längst einer der wichtigsten Zielorte. An über 32 000 Firmen in der Türkei ist ausländisches Kapital beteiligt. Am stärksten vertreten sind mit über 50% Direktinvestitionen aus der EU (darunter ca. 5 000 deutsche Firmen), doch dann folgt bereits der Nahe und Mittlere Osten, mit schnell wachsender Tendenz. Der Großteil ausländischer Investitionen konzentriert sich auf Istanbul. In der türkischen Metropole soll in den nächsten Jahren ein dritter, der weltweit größte Flughafen gebaut werden.

### Die Auseinandersetzung um den Gezi-Park

Dieser eher kleine städtische Park ist die letzte verbliebene Grünfläche mit Bäumen im Zentrum der 15-Millionen-Stadt. Hier soll, von Erdogan persönlich betrieben, ein weiteres großes Einkaufszentrum errichtet werden, im Stil der osmanischen Topcu-Kaserne, die dort bis 1940 stand und aus guten stadtplanerischen Gründen zugunsten von städtischem Erholungsgebiet abgerissen wurde. Seit geraumer Zeit organisierte die Taksim-Solidaritätsgruppe, in der sich über 50 unterschiedlichste Gruppen zusammenfanden, den Widerstand gegen diese Enteignung der Bevölkerung. Seit Mitte April fanden hier kleinere Auseinandersetzungen mit der Polizei statt. Als am 27. Mai die Bagger, die bereits begonnen hatten, die Mauern des Parks einzureißen und die ersten Bäume zu entwurzeln, vorübergehend durch einen Abgeordneten der BDP (Partei für Frieden und Demokratie) gestoppt werden konnten, begann die Besetzung des Parks.

Unzählige Menschen trotzten in den folgenden knapp drei Wochen den ständigen Übergriffen der Polizei, die vor allem am 31. Mai mit großer Brutalität gegen zehntausende Demonstranten auf dem benachbarten Taksim-Platz vorging. Allein in dieser Nacht sollen nach Angaben der Vereinigung türkischer Ärzte über 1000 Menschen verletzt worden sein. Insgesamt wurden im Verlauf der Auseinandersetzungen in Istanbul und anderen Städten, auf die die Bewegung übersprang, über 8000 Menschen verletzt, viele sehr schwer. Fünf Demonstranten wurden seither getötet, zuletzt ein junger Kurde in Lice nahe Diyarbakir.

Am Abend des 15. Juni räumte die Polizei den Gezi-Park. Wie schon zuvor ging sie mit Tränengasgranaten, Wasserwerfern – dem Wasser ist ein flüssiges Reizgas beigemischt – und Gummigeschossen vor. Wir erlebten, wie sie in zwei Angriffen Tränengas in das Foyer des Divan-Hotels schoss, in das sich viele Verletzte geschleppt hatten, wie Ärzte, die Verletzte versorgten, mit Gummigeschossen beschossen und festgenommen wurden, wie ein Wasserwerfer einen Demonstranten mit seinem Räumgerät umfuhr. Aber wir erlebten auch, wie sich Demonstranten mutig den Polizeikräften immer wieder in den Weg stellten, wie sie unter schwierigsten Umständen Verletzte in Sicherheit brachten und sich gegenseitig halfen. Das sind unvergessliche Eindrücke, ebenso wie die Eindrücke, die wir vor der Räumung im Gezi-Park gewannen.

Zahlreiche unterschiedliche Gruppen, die vorher vermutlich kaum miteinander zu tun hatten, organisierten die Besetzung als großes, buntes, politisches Volksfest – Umwelt- und Frauengruppen, die Gruppen und Parteien der türkischen Linken, Kurden, Armenier, Aleviten, Muslime, Kemalisten, Künstlergruppen, Schwule und Lesben, ... – sie alle koexistierten und kommunizierten. Auch aus Gesprächen mit kurdischen Freunden weiß ich, dass Kurden an der Bewegung von Anfang an teilnahmen, wenn auch vielfach skeptisch und zurückhaltend. Zu Beginn der Besetzung versuchten Nationalisten, die Bewegung gegen die Minderheiten zu lenken, wurden jedoch zurückgewiesen. Es scheint, als entstünde in und durch die große Oppositionsbewegung tatsächlich etwas Neues: Nach dem Tod des jungen Kurden in Lice demonstrieren auf dem Taksim-Platz in Istanbul weit über 10.000 Menschen, um ihre Solidarität zum Ausdruck zu bringen. Das gab es noch nie.

### Gentrifizierung

Die Zerstörung des Gezi-Parks ist Teil

umfassender Sanierungspläne. Wird diese kleine Grünfläche zerstört, dann werden binnen Kurzem die angrenzenden Stadtteile Beyoglu und Tarlabasi, in dem noch viele ärmere Menschen wohnen, ihren Charakter ändern. In den letzten Jahren wurden bereits ganze Stadtteile komplett abgerissen, um Einkaufszentren und exklusiven Wohnanlagen Platz zu machen. Istanbul gilt als europaweit attraktivster Investitionsstandort im Immobiliengeschäft.

### Kulturkampf

Seit den 1990er Jahren und insbesondere seit dem Regierungsantritt Erdogans im Jahr 2002 erfährt die Türkei eine rasante wirtschaftliche Entwicklung, die mit einer großen Modernisierung einhergeht. In der Rangliste der größten Wirtschaftsnationen nimmt sie 2012 Platz 17 ein. Der Wirtschaftsaufschwung erklärt die hohe Zustimmung zur AKP, die bei den letzten Wahlen 49,8% der Stimmen errang. Auch schien es, dass der Türkei unter Erdogan die Verbindung von politischem Islam und parlamentarischer Demokratie gelang. Und schließlich schien die AKP, wenn auch mit vielen Rückschlägen, den Weg zu einer Lösung der Kurdenfrage einzuschlagen. Mit verschiedenen Reformen wurde z.B. das Parlament gestärkt, etwa bei der Bestellung von Richtern, der Zuständigkeitsbereich der Militärgerichte eingeschränkt, die Strafverfolgung von Mitgliedern des Nationalen Sicherheitsrats und damit eine juristische Aufarbeitung des Militärputsches und der Zeit danach potenziell ermöglicht.

Doch es zeigen sich immer deutlicher die Grenzen dieser Reformen. Vielfach wurden die antidemokratischen Machtinstrumente des Kemalismus nicht zerschlagen, sondern lediglich die Köpfe ausgewechselt (dazu ausführlicher: „WOZ“ 26/2013, 27.6.13). Systematisch werden staatliche Ämter mit religiös-konservativen Menschen besetzt. Auch unter Erdogan sitzen viele tausend politische Gefangene in den Gefängnissen ein. Die Meinungs- und Pressefreiheit ist äußerst eingeschränkt. Immer öfter greift der Staat in die individuelle Lebensgestaltung ein, mit Alkoholverbot, Vorschriften für die Kinderplanung oder religiös begründeten Moralvorschriften. Einige der ehrgeizigen Großprojekte Erdogans beziehen sich symbolträchtig auf das Osmanische Reich und betonen die Vorherrschaft des Islam – so soll auf dem höchsten Hügel Istanbuls eine gewaltige Moschee mit den weltweit höchsten Minaretten entstehen. Der Politikwissenschaftler Yasar Aydin sieht in den Protestaktionen eine Aufforderung an Erdogan, die Gesellschaft nicht weiter entlang kultureller Linie zu polarisieren („Handelsblatt“, 13.6.). Die Bewegung

für Demokratie und Beteiligung, die aus den Auseinandersetzungen um den Gezi-Park entstanden ist, behauptet die kulturelle und soziale Vielfalt. Diese Erfahrung konnten wir selbst in der kurzen Zeit im Gezi-Park gewinnen: Die bunte Mischung und außerordentliche Kreativität des Widerstands war beeindruckend.

### Istanbul versus Anatolien

Die „FAZ“ schreibt (29.6.): „Mit der AKP löste dann (nach 2002 – CS) eine neue anatolische (und islamisch geprägte) Mittelschicht die westlich gebildete, kemalistische (und religionsindifferente) Elite Istanbuls und Ankaras als Träger von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft ab. Die „Deutsch-Türkischen Nachrichten“ (28.6.) konstatieren eine wachsende Konkurrenz zwischen dem Istanbul Bürgertum, die sich im Arbeitgeberverband TÜSIAD organisieren, und der aufstrebenden Ansammlung anatolischer Geschäftsleute und ihrer Verbände. Tatsächlich war auffällig, dass die meisten der (Luxus-)Hotels im Zentrum Istanbuls, nicht nur das Divan-Hotel, das einer Milliardärsfamilie gehört, den Demonstranten Zuflucht vor

der Polizeigewalt boten. Einflussreiche Istanbuler Industrie- und Bankerfamilien wie der Textilunternehmer Cem Boyner oder der Chef der Garanti-Bank schlugen sich öffentlich auf die Seite der Massenproteste. Erdogan reagierte mit heftigen Angriffen auf „Zinslobbyisten“ und andere, die „Partei für Vandalismus und Zerstörung“ ergriffen.

### Entwicklung der Türkei an einem kritischen Punkt

Die Protestbewegung speist sich aus vielen Quellen. Sie ist nach der Räumung des Gezi-Parkes nicht abgerissen und findet ständig neue Formen. Türkische Freunde sagen, dass sich die Entwicklung in der Türkei an einem äußerst kritischen Punkt befindet. Den einsetzenden Rückzug der PKK beantwortet die Erdogan-Regierung mit einem Ausbau ihrer Militärstationen. Die schleichende Intervention der Türkei in den Syrien-Konflikt birgt für die ganze Region unabsehbare Gefahren. Gelingt die Verbindung zwischen der kurdischen und anderen Minderheitenbewegungen und der Bewegung für Demokratie? Das ist eine entscheidende Frage. *Christiane Schneider*

### Flüchtlingsrat: „Umgang mit Hungerstreikenden menschenverachtend“

In der Nacht auf Sonntag, den 30.6.2013, wurde das Camp der protestierenden Asylsuchenden in München am Rindermarkt geräumt. Rund 50 Personen befanden sich dort seit vergangenem Samstag im Hungerstreik, seit Dienstag verweigerten sie sogar das Trinken.

Am gestrigen Samstag bot sich endlich ein Ausweg aus der verfahrenen Situation: Die protestierenden Flüchtlinge ließen den Krisenstab ihre Verhandlungsbereitschaft mitteilen. Doch eine Verhandlungslösung scheiterte an der fehlenden Bereitschaft der bayerischen Staatsregierung. Anstatt den Flüchtlingen im Hungerstreik umgehend ein substantielles Verhandlungsangebot zu unterbreiten, entsandten Seehofer, Herrmann und Haderthauer, unterstützt durch den Münchner OB Christian Ude, nach Stunden die Vermittler Hans-Jürgen Vogel und Alois Glück. Diese hatten keinerlei Verhandlungsangebot dabei und hatten, wie sie selbst in einer Pressekonferenz in der Nacht betonten, noch nicht einmal ein Mandat, Verhandlungen zu beginnen. Sie forderten lediglich die protestierenden Flüchtlinge auf, ihren Hunger- und Durststreik sofort zu beenden, erst dann könne man Gespräche beginnen, um Empfehlungen an die Staatsregierung zu erarbeiten.

„Die Staatsregierung hatte die einmalige Chance, den Durststreik auf dem Verhandlungswege zu beenden und ein humanitäres Signal auszusenden. Stattdessen hielt sie an ihrer unmenschlichen Abschreckungspoli-

tik fest und forcierte die gewaltsame Räumung des Protestcamps“, kritisiert Alexander Thal, Sprecher des Bayerischen Flüchtlingsrats.

„Der Protest wurde tagelang politisch kleingeredet, kurz vor den Verhandlungen wurde er öffentlich diskreditiert. Statt die Forderungen in den Vordergrund zu stellen, wurde die Glaubwürdigkeit der Protestierenden in Frage gestellt und von einer ‚Kommandostruktur‘ gesprochen. Mit der Ankündigung von Verhandlungen wurden den Streikenden, die unter unglaublicher psychischer und physischer Anstrengung standen, falsche Hoffnungen gemacht“, kommentiert Ben Rau von der Karawane München.

Bereits seit Jahren protestieren Asylsuchende immer wieder, teils mit drastischen Mitteln, gegen ihre menschenunwürdige Behandlung und die restriktive bayerische Asylpolitik.

„Sozialministerin Haderthauer und Innenminister Herrmann lassen die jahrelangen Proteste und der jüngste Durststreik offenbar kalt. Eine harte Linie in der Asylpolitik zu zeigen, scheint ihnen wichtiger als die Würde der Flüchtlinge. Solange die Asylpolitik so restriktiv und menschenunwürdig bleibt, werden sich Flüchtlinge wieder gezwungen sehen, zu so drastischen Mitteln zu greifen. Anstatt weiter mit Menschenleben zu spielen, muss umgehend gehandelt und die bayerische Asylpolitik grundlegend geändert werden“, fordert Alexander Thal.

*Bayerischer Flüchtlingsrat, 30.6.2013*

## Raus aus der Defensive!



Die Linke in Deutschland ist noch immer in der Defensive. Im Unterschied zu anderen Ländern der EU gehört Deutschland für die Mehrheit der Menschen zu den Krisengewinnerstaaten. Die eigene Situation wird – immer vor der Folie drohender südeuropäischer Entwicklungen – als gut und noch stabil bewertet. Die Krise ist im Alltag noch nicht angekommen oder als permanente Hartz IV-Krise längst verinnerlicht. Soziale Proteste gegen die Auswirkungen der Krise wie 2012 Umfairteilen oder Blockupy 2013 sind wichtige Etappen zur Herausbildung neuer Allianzen in Deutschland, beschreiben jedoch noch keine gesellschaftlichen Aufbrüche mit Massendemonstrationen und Generalstreiks starker politisch agierender Gewerkschaften.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach den Möglichkeiten der politischen Linken – der Partei Die Linke. Sie ist in der EU nicht die größte, aber angesichts der dominierenden Rolle Deutschlands eine ihrer wichtigsten Parteien.

Wie wird sie ihrer Rolle gerecht? Von 2009 bis 2013 hatte sie zwölf Landes- und fünf Kommunalwahlen zu führen und verlor einen Teil ihrer Wähler vor allem in den westdeutschen Bundesländern. Sie war beschäftigt mit innerparteilichen Machtkämpfen um die Deutungshoheit der Partei und erst nach harten Kontroversen 2011 in der Lage, ihr Erfurter Parteiprogramm zu verabschieden. Mit der Neuwahl der Parteiführung auf dem Göttinger Parteitag beendete sie ihre Führungskrise.

Der Dresdener Parteitag 2013 zeigte nun endlich eine Linke, die wieder dabei ist, auch unter komplizierten Rahmenbedingungen politisch handlungsfähig zu sein. Die Parteispitze hat sich mit diesem Parteitag als kollektive Führung emanzipiert und der Parteitag ein Programm für soziale Gerechtigkeit, Menschen- und Bürgerrechte für Frauen und Männer in Ost und West, in Deutschland und Europa und weltweit für Frieden und Abrüstung beschlossen. Die Linke steht für „100 Prozent Sozial“!

### „100 Prozent Sozial“

Sozial gerecht heißt für die Linke konkret einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro, langfristig 12 Euro, an den öffentliche Aufträge gebunden sein sollen, das Verbot von Leiharbeit und bis zur Durchsetzung dieser Forderung für Leiharbeiter/innen gleiche Löhne und Rechte wie die von Stammbeschäftigten. Die Linke fordert gleiche Tarife in Ost und West, die Abschaffung von Hartz IV und bis dahin Erhöhung der Regelsätze auf 500

Euro. Es soll auch kein Lohndumping mehr über Werkverträge geben oder Teilzeitarbeitszeit unter 18 Stunden pro Woche. Gleichzeitig soll keiner mehr verdienen als das 40-fache des gesellschaftlichen Minimums.

Arbeit müsse gerecht umverteilt werden. Das heißt auch die Begrenzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden – langfristig auf 30 Stunden – unter Berücksichtigung drohender Arbeitsverdichtung (Personalbemessung). Auch die gesetzliche Höchstarbeitszeit müsse von 48 auf 40 Stunden pro Woche begrenzt werden. Außerdem sollen Mitbestimmungsrechte auf wirtschaftliche Fragen erweitert werden. Die Linke hält fest am öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) mit Mindestlöhnen von 10 Euro. Weg auch mit der Rente mit 67 und stattdessen eine Mindestrente von 1.050 Euro.

Zur Gerechtigkeit gehört natürlich auch der Zugang zu allen öffentlichen Gütern – zu bezahlbarem Wasser, Strom, Wohnungen und öffentlichen Nahverkehr, zu guter Bildung und lebenslangem Lernen. All das muss natürlich bezahlt werden. Hierzu sind die Vorschläge der Linken u.a. folgende: Millionärssteuer ab einer Million Euro Vermögen, eine einmalige Vermögensabgabe ab einer Million Euro Vermögen, die Erhöhung der Erbschaftssteuer und der Körperschaftssteuer auf 25%, die Rücknahme der ermäßigten Steuer für Hotels, die Einführung einer Kerosinsteuer, die Finanztransaktionssteuer 0,1% und die Erhöhung des Spitzensteuersatzes wieder auf 53%.

Die Linke bleibt Antikriegspartei. Krieg darf kein Mittel der Politik sein, heißt es im Wahlprogramm der Partei. Gefordert wird der Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan, ein Verbot aller Exporte von Kleinwaffen und Waffenfabriken, der Abzug der stationierten US-Atomwaffen aus Deutschland. Die Linke lehnt einen zivil-militärischen Europäischen Auswärtigen Dienst ebenso ab wie den Umbau der Bundeswehr zur Einsatzarmee, die Anschaffung von Kampfdrohnen.

Die Linke steht für ein internationales Verbot von Kampfdrohnen, für den Ausbau eines europäischen Zivilen Friedensdienstes – für Konversions- statt Rüstungsprogrammen. Und klar bleibt: die Linke wird sich nicht an einer Regierung beteiligen, die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt.

### Diskussion um den Euro positiv geklärt

In allen diesen Fragen fiel es der Linken leicht, gemeinsame Positionen zu entwickeln. In der Eurofrage ist dies schwieriger. Hier vertreten Linke nicht

nur in Parteien, sondern auch in Bewegungen und Gewerkschaften legitim sehr unterschiedliche und zum Teil gegensätzliche Positionen. Das gilt auch für die Linkspartei. Bereits vor dem Parteitag zeichnete sich diese Kontroverse durch den Rückzug Lafontaines mit dem Verweis auf fehlende Realisierungschancen von Linken für ein Konzept zur Neuordnung der europäischen Finanzmärkte ab. Untersetzt wurde dies im Vorfeld des Parteitages durch eine Studie von Heiner Flassbeck und Costas Lapavistas, in der als Folge einer schwachen europäischen Linken der geordnete Austritt aus dem Euro vorgeschlagen wird. Die sich anschließenden Diskussionen im Vorfeld und auf dem Parteitag zeigten eine neue Qualität der Partei, sachlich und ruhig mit eigenen Kontroversen umzugehen.

Auf dem Parteitag selbst sprachen sich die beiden Vorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger erneut für den Erhalt des Euro aus, dessen Abschaffung sowohl in den Staaten des Europäischen Südens wie auch in Deutschland vor allem die sozial Benachteiligten treffen würde. Der Parteitag folgte dieser Position: „Auch wenn die Europäische Währungsunion große Konstruktionsfehler enthält, tritt Die Linke nicht für ein Ende des Euro ein. Voraussetzung für dessen Fortbestand ist, dass der Kurs der Austerität, der Kürzungspolitik, beendet wird.“

Gefordert wird ein Investitionsprogramm für öffentliche Dienstleistungen und sozial-ökologische Konversion – ein Marshallplan für Europa als Investitionsprogramm für Energiewende, Bildung, Arbeitsplätze, öffentliche Dienstleistungen, Verkehr und Wohnen, die Verbindlichkeit und Einklagbarkeit der Europäischen Sozialcharta, die Stärkung der Grundrechte sowie die Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments, ergänzt um gestärkte basisdemokratische Elemente der EU wie auch ein wirksames europäisches Streikrecht. Die Linke lehnt eine europäische Rüstungsagentur ebenso ab wie EU-Rüstungsexporte und fordert die Auflösung von Frontex und statt Dublin II ein solidarisches System der Verantwortlichkeit für Flüchtlinge der EU.

Alles in allem war es ein ruhiger, sachlicher Arbeitsparteitag an dessen Ende eine klare Botschaft steht: „100 Prozent sozial“! Eine gute Botschaft, die vor allem auch dort hin gebracht werden muss, wo sich Leute vom politischen System längst verabschiedet haben. Gerade sie für eine neue politische Kultur wiederzugewinnen, ist die größte demokratiebefördernde Aufgabe der Linken, allerdings auch eine ihrer schwierigsten.

Cornelia Hildebrandt

Cornelia Hildebrandt ist Stellvertretende Leiterin des Institutes für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung

# Extreme Naturereignisse kann man nicht verhindern, aber die Folgen abmildern

Noch ist das Wasser nicht überall weg, geschweige denn alle Schäden beseitigt. Da in vielen Fällen die Betroffenen nicht versichert sind, wollen die Bundesregierung und die Bundesländer bis zu acht Milliarden Euro Schadensersatz leisten, darin sind allerdings auch die Reparaturen an öffentlicher Infrastruktur enthalten. Verglichen mit den Schäden durch das Erdbeben und der nachfolgenden Tsunami-Flutwelle im Jahr 2011 in Japan mit etwa 16 000 Todesopfern oder den Überschwemmungen im Himalaya in diesem Jahr sind das vergleichsweise geringe Summen, aber sie geben genug Anlass, um über die Ursachen von Hochwasser zu diskutieren und Konsequenzen bei der Raumplanung, aber auch für die betroffenen Privaten zu überlegen.

Was kann Planung vorsehen, um Schäden durch extreme Naturereignisse zu verhindern oder wenigstens zu minimieren? Und, um die Antwort vorwegzunehmen, weil Planung solche Schäden nie vollständig (manchmal auch gar nicht) verhindern kann, was kann getan werden, um den Betroffenen eine möglichst umfassende, solidarische Hilfe zukommen zu lassen? Hintergrundinformation soll ein Kasten zum Thema „Naturkatastrophen“ aus historischer und naturwissenschaftlicher Sicht liefern (siehe Seite 6).

Für eine Raumplanung sind die Konsequenzen aus Hochwasserereignissen nicht einfach abzuleiten, zumal die Verhältnisse regional noch einmal sehr verschieden sind. In Süddeutschland sind es eher rasch und enorm ansteigende Pegel, die Schäden verursachen; bei Elbe und Oder und am Unterlauf des Rheins sind es die großen Wassermassen, die sich auf großen Flächen über längere Zeiträume ausbreiten. Es scheint aber so, das zeigen die Erfahrungen mit bisherigen Hochwasserereignissen, dass ein Mix von Maßnahmen, Deichbauten, Schaffung von Überschwemmungsflächen und Bauverboten, eine Schadensminderung bewirken kann.

Ein Blick auf die Sponsoren der Veröffentlichung über das Wettergeschehen und Naturkatastrophen in der Schweiz (siehe Kasten) hat mich zu weiterer Recherche veranlasst. Die Publikation wurde nämlich unterstützt von der Schweizerischen Mobiliar Versicherungsgesellschaft und dem Interkantonalen Rückversicherungsverband. Das Stichwort Versicherung und Hochwasser führte zu

einer Veröffentlichung, die bereits aus Anlass des letzten großen Hochwassers in Deutschland verfasst wurde, aber mangels Erledigung der Vorschläge jetzt wieder Aktualität erhält.

## Versicherung, auf jeden Fall!

„Brauchen wir eine Zwangsversicherung gegen Elementarschäden? Wir brauchen Monopolversicherungen gegen Elementarschäden.“ So heißt die Publikation von Thomas Ungern-Sternberg, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Lausanne, aus dem Jahre 2002. Er kritisiert die deutsche Lösung. Spendensammlungen und Nothilfen aus öffentlicher Hand seien unzureichend. Die betroffenen Opfer wären in Unsicherheit, welcher Teil ihrer Schäden ersetzt wird. Zweitens haben die Opfer keinen Rechtsanspruch, es besteht daher die Gefahr der Willkür. Das Verteilen von Spenden ist schwierig zu koordinieren, also kommt es zu Ungerechtigkeiten. Schließlich würde die Verteilung der Mittel häufig verschleppt.

Dagegen sei ein guter Versicherungsschutz die bessere Lösung sowohl für die Opfer als auch für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Die Opfer haben einen Rechtstitel, und selbst wenn die Versicherung Zahlungen herauszögert, ist der Anspruch eine Sicherheit, um zum Beispiel einen Bankkredit zu bekommen.

Diese Versicherung müsse eine Pflichtversicherung mit Kontrahierungszwang sein, ansonsten würden die Versicherungsunternehmen die besonders bedrohten Gebäude als „unversicherbar“ ausschließen. So habe die Bayerische Landesbrandversicherung, als sie 1999 ihren Schutz gegen Überschwemmungsschäden einführte, 220 000 Gebäude in den am meisten gefährdeten Gebieten von vornherein ausgeschlossen. Das Prämiengefüge müsse staatlich festgesetzt werden, damit die Versicherungsgesellschaften nicht zur Abschreckung in hohe Prämien und Selbstbehalte ausweichen.

Zwei Lösungen gäbe es hierfür: entweder Privatversicherungen mit staatlicher Regulierung oder der Staat als Direktversicherer. Ungern-Sternberg hat fünf europäische Länder auf ihre Gebäudeversicherungen hin untersucht und kommt zum Schluss, dass eine staatliche Lösung die beste sei. Er meint, dass die deutsche Bundesregierung „einen kapitalen Fehler“ gemacht habe, als sie im Jahr 1992 die EU-



„Sintflut“, oben aus dem Titel einer Flugschrift von 1523, unten ein „Spiegel“-Titel aus dem Jahr 1995. Zwar kommt der Wort aus dem Althochdeutschen mit der Bedeutung „große Flut“, aber schon lange wird es als „Sündflut“ interpretiert, als Strafe für Verstöße gegen göttliche Gebote (aller Menschen oder auch einzelner, Hexen z.B.). In moderner Zeit ist es „die Natur“, die zurückschlägt als Strafe für „Umweltsünden“.

Richtlinie zur Abschaffung des Gebäudeversicherungsmonopols akzeptierte.

In Europa gibt es zwei Länder mit staatlichen Monopolanstalten zur Gebäudeversicherung: Spanien (trotz EU-Richtlinie) sowie 19 von 26 Kantone der Schweiz. Die Prämien können günstig gestaltet werden; es sind keine Vertreter nötig, auch auf Werbung kann verzichtet werden. Ungern-Sternberg nennt Zahlen: 0,64 Franken je 1000 Franken Versicherungssumme bei den kantonalen Versicherungen, gegenüber 1,09 Franken bei den privaten. Die kantonalen Gebäudeversicherungen in der Schweiz sind zugleich für die Prävention verantwortlich. Sie spielen in den kantonalen Entscheidungsgremien (Raumplanung etc.) eine wichtige Rolle; etwa ein Drittel des Prämieineinkommens wird inzwischen für die Prävention ausgegeben. Laut Ungern-Sternberg sind die Schadensbelastungen um ca. 50% niedriger als in den privat versicherten Kantonen. Er schreibt:

„Mir scheint die vertikale Integration von Versicherung und Prävention eine besonders sinnvolle Lösung zu sein. Die Monopolversicherungen haben ein direktes finanzielles Interesse an einer guten Prävention. Was sie für bessere Prävention ausgeben, holen sie durch niedrigere Schadenszahlungen wieder herein. Gerade für Deutschland, mit seinen chronisch defizitären öffentlichen Haushalten, ist dies eine wichtige Überlegung. Es besteht eine reelle Gefahr, dass insbesondere bei der Prävention gegen Ereignisse mit einer geringen Eintrittswahrscheinlichkeit immer wieder Abstriche gemacht werden. Dies umso mehr, wie die Landesregierungen ja wissen, dass bei einer ech-

ten Katastrophe doch wieder Gelder vom Bund und der EU fließen werden. Ähnliche Überlegungen gelten auch für die Raumplanung. Die betroffenen Gemeinden sind im Allgemeinen kaum gewillt, Grundstücke auszuweisen. Es resultiert daraus entweder für sie oder ihre Bewohner ein hoher finanzieller Verlust. Wenn eine staatliche Versicherung hier ein Mitspracherecht hat, würde sich einiges ändern.“

Man könnte ergänzen: ein ähnliches Versicherungsmodell hat sich bei Arbeitsunfällen bewährt. Firmen sind bei der Berufsgenossenschaft zwangsversichert; diese kümmern sich stark um die Unfallverhütung.

Gegen die Einwände, dass es unge-

recht sei mit einer staatlichen Zwangsversicherung auch Hausbesitzer in den günstigen Lagen zur Zahlung zu verpflichten, meint Ungern-Sternberg, dass die zunehmenden Risiken, soweit sie menschengemacht sind, nicht den betroffenen Hausbesitzern in den Gefährdungsgebieten zuzurechnen sind, also eine gesamtgesellschaftliche Haftung durchaus zu verantworten ist. Gegen vermutete falsche Anreize zum Neubau von Häusern durch niedrige Versicherungsprämien hilft eine gut überlegte Raumplanung und vor allem gehe es ja um die Absicherung bestehender Gebäude.

Interessant finde ich auch die Überlegungen, wo die Versicherung ange-

## Naturkatastrophen: Ein Rückblick aus naturwissenschaftlicher Sicht

Es gibt eine umfängliche Literatur zum Thema „Naturkatastrophen“, vieles davon ist reißerisch aufgemacht und ideologisch eingefärbt. Da gibt es Titel die schon alles aussagen: „Naturkatastrophe Mensch“ (Franz M. Wuketits). Viele Journalisten verwenden, wenn auch nicht so krass, in ihren Artikeln ähnliche Muster. Die menschengemachte „Klimakatastrophe“ ...

Es gibt allerdings zum Glück eine Reihe von wissenschaftlichen Publikationen, die das Thema Naturkatastrophen versuchen auf Faktenbasis abzuhandeln und weitgehend darauf verzichten, platte Verlängerung (Simulationen) in die Zukunft vorzuführen.

Zwei Veröffentlichungen, ausgewählt aus dem Angebot der Stadtbibliothek Stuttgart, sollen vorgestellt werden, die Ursachen und Auswirkungen von Wetterereignissen und Klimaveränderungen über einen längeren Zeitraum darstellen. „*Wetter, Klima, Menschheitsentwicklung. Von der Eiszeit bis ins 21. Jahrhundert*“ heißt das 2009 von Prof. Frank Sirocko (Uni Mainz) herausgegebene Buch, in dem Untersuchungen der Ablagerungen in den tiefen Eifelmaaren vorgestellt werden.

Leider muss ich aus Platzgründen die Kapitel zum wissenschaftlichen Hintergrund weglassen (Pollenanalyse, Sedimentanalyse, Datierungen, Entstehung von extremen Wettersituationen, die fünf Ursachen für Klimavariabilität).

Frank Sirocko will keineswegs dem Klima, von dem die Vegetation und damit der Jagderfolg bzw. die Ertrags Höhe in der Landwirtschaft abhängen, den alleinigen Einfluss auf die Kulturentwicklung zuschreiben. „Auch herrschaftsstrukturelle, religiöse oder ökonomische Veränderungen stabilisieren oder destabilisieren eine Gesellschaft.“ Wobei auch diese Faktoren nicht unabhängig von klimatischen Gegebenheiten sein dürften.

Aus den frühen Entwicklungen ohne Schriftdokumente sei nur die

sogenannte neolithische Revolution erwähnt, die Umstellung der Gesellschaft von Jagd auf Landwirtschaft, die ohne eine längere Wärmeperiode, mit Temperaturen deutlich höher als heute, nicht möglich gewesen wäre. In Mitteleuropa fand das ca. 5.500 Jahre v. Chr. statt.

Die Blütezeit des Römischen Reiches (nach Cäsars Gallischem Krieg, 53 v. Chr.) war klimatisch so gekennzeichnet: „die Bäume über ganz Mitteleuropa (zeigten) eine sehr große Wuchshomogenität, ... es herrschte über etwa 200 Jahre ein ausgeglichenes Klima ohne starke Wetteranomalien ... Militärische Stärke und Expansion setzten die Verfügbarkeit von Männern voraus, das heißt einen gewissen Bevölkerungsüberschuss. Der Aufbau von Infrastruktur, stabile Herrschaftsverhältnisse und technische Fortschritte sind weitere Attribute, ohne die Rom nicht gewachsen wäre. Aber hätte sich das alles entwickeln können, wenn es nicht über zwei Jahrhunderte sichere Ernten und damit Reichtum und stetiges Wachstum gegeben hätte?“

Die Zeit der Völkerwanderung war dann geprägt von klimatischen Ungunsthinweisen (verursacht durch schwache Sonnenaktivität). „Rom mit seiner guten Infrastruktur und Wirtschaftsmacht konnte in Notzeiten Nahrungsmittel aus Nordafrika herbeischaffen: die Germanen und Hunnen hatten diese Versorgungsquellen nicht.“ Daher der Expansionsdruck aus dem Norden.

Das Hochmittelalter mit der enormen Zahl von Städtegründungen ab etwa 1150 fiel zusammen mit einer klimatisch günstigen Entwicklung: in England war Weinbau möglich, Ackerbau wurde in Bergregionen betrieben, die heute unbewirtschaftet sind. Ab 1310 war abrupt Schluss mit dieser Situation. Es folgten Jahre kalter und feuchter Sommer; das Getreide wurde nicht reif. In diesen Zeitraum gab es außerdem zahlreiche Jahre mit schlimmen Unwettern, im Juli 1342 etwa regnete es

über ein Woche lang, die Flüsse hatten extremes Hochwasser. Das sogenannte Magdalenhochwasser umfasste nach Schätzungen die 50- bis 100fache Wassermenge des Hochwassers von 2002, ausgelöst von einer ähnlichen Wetterlage wie auch beim diesjährigen Hochwasser. Es war das vermutlich stärkste Hochwasser in den letzten 10.000 Jahren. Hungerskatastrophen waren die Folge; dazu traf dann noch die Pest eine geschwächte Bevölkerung. Es kam zu einem Bevölkerungsrückgang. Sicher hat auch die extreme Landnutzung (Abholzen der Wälder, Bodenerosion) zu einem Teil der Schäden beigetragen, aber vor allem waren es die nasskalten Sommer, die zur Katastrophe führten. Der Nahrungsmangel war allerdings nicht nur dem Wetter geschuldet, die mittelalterliche Subsistenzwirtschaft konnte überregionale Ernteausfälle nicht kompensieren. Eine Konsequenz: 1362 wurde die norddeutsche Hanse gegründet – „Globalisierung“ als Reaktion auf eine Nahrungsmittelkrise.

Es begann damit eine Phase, die als „kleine Eiszeit“ bekannt ist (von etwa 1300 bis 1850). Nachgewiesen ist eine geringe Sonneneinstrahlung. Die Gletscher dehnten sich aus; im 17. Jahrhundert ging die Bevölkerung wie bereits im 14. Jahrhundert deutlich zurück. Dazu kamen weltweit wirksame Vulkanausbrüche. Die Gas- und Aschepartikel führten zur verminderten Sonneneinstrahlung, so dass es mehrfach „Jahre ohne Sommer“ gab, das heißt mehr oder minder totalen Ausfall der Getreideernte.

Im 19. und 20. Jahrhundert, zusammenfallend mit der Industrialisierung, folgte wieder eine Periode weitgehend gleichmäßiger klimatischer Entwicklung. „Klimagunst ist sich nicht die Ursache von Blütezeiten (Römerzeit, Mittelalter, 19./20. Jahrhundert), aber eine der Voraussetzungen dafür, dass sich unter guter Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln technische Innovationen und Kulturen entwickeln können.“

siedelt werden soll: „Die Lösung auf Bundesebene hätte den Vorteil einer größeren innerdeutschen Solidarität. Ich ziehe dennoch die Landeslösung vor. Meine Beobachtungen in der Schweiz haben mir gezeigt, dass der Wettbewerb zwischen verschiedenen Regionallösungen ein sehr brauchbarer Mechanismus ist, um dafür zu sorgen, dass verschiedene Lösungsansätze ausprobiert werden. Der Wettbewerb der Ideen führt auch bei der Gebäudeversicherung immer wieder zu interessanten Neuerungen. Ein übertriebener Zentralismus kann hier nur hemmend wirken.“

Verschiedentlich ist jetzt aus Anlass des Hochwassers 2013 die Forderung

nach einer Zwangsversicherung gegen Elementarschäden wieder aufgetaucht. SPD-Politiker aus Thüringen und Bayern, der CDU-Ministerpräsident Sachsens, die Linken-Vorsitzende Kipping und das Deutsche Institut für Wirtschaft haben sich für eine Zwangsversicherung ausgesprochen, allerdings ohne ausführliche Begründung und ohne Verknüpfung mit der Prävention, dem Hochwasserschutz. Die Bundesregierung hat sich schnell auf die Seite der privaten Versicherungswirtschaft geschlagen und lehnt eine solche Versicherung ab, sie setze auf freiwillige Lösungen. Aber vielleicht lässt sich auf Länderebene noch etwas erreichen.

Alfred Küstler

In einer „Synthese“ fasst Sirocko zusammen: Erste Erkenntnis: Großräumige Prozesse wie Eiszeit, Abschmelzen der Gletscher und anschließende Stabilisierung dominieren die Entwicklung der Vegetation und damit die Menschheitsentwicklung. Zweite Erkenntnis, „dass der stärkste Einfluss von Klima und Wetteranomalien auf die Menschheitsentwicklung durch die nasskalten Sommer kam ... Die Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln ist letztendlich viel wichtiger als die herrschenden Temperaturen.“

Es folgt noch ein vorsichtiger Blick in die Zukunft, in der vor allem auf die Unwägbarkeiten hingewiesen wird: Unsicher ist, ob die Sonnenaktivität so stark bleibt wie heute (derzeit auf einem Höchststand). Auf der sicheren Seiten wäre man auf jeden Fall, wenn eine weitere Erhöhung des Gehalts an Kohlendioxid in der Atmosphäre vermieden wird. Vor allem aber sollte dafür gesorgt werden dass es nicht zu einem Nahrungsmittelmangel kommt, wenn schlechte Ernten mit Problemen der Transportwirtschaft zusammenkommen.

Dieser naturwissenschaftlich-geschichtliche Rückblick auf den Zusammenhang von menschlicher Gesellschaft und Klima- und Wetterereignissen lenkt den Blick darauf, dass die hohe weltweite Vernetzung der menschlichen Gesellschaft grundsätzlich einen Ausgleich für eine große Zahl von denkbaren Naturkatastrophen ermöglicht. Nach dem Hochwasser und dem extrem nassen Frühjahr

sind in Deutschland die Lebensmittelpreise deutlich gestiegen (5,4 Prozent mehr waren es im Juni 2013 gegenüber dem Vorjahr), aber an eine Hungersnot denkt niemand. Wenn es heute irgendwo auf der Welt zu Hungersnöten kommt, sind es politisch verschuldete Katastrophen. Die Vorteile einer weltweiten Vernetzung scheinen die dadurch neu entstehenden Probleme (Transportwege aufrechterhalten) zu überwiegen.

#### Flussregulierungen, ja schon ...

Mit der Vorsorge gegen Elementarschäden beschäftigt sich ein 1999 erschienenes Buch des Schweizer Professors Christian Pfister. Es hat den Titel „*Wetternachhersage: 500 Jahre Klimavariationen und Naturkatastrophen (1496–1995)*“. Pfister lehrt Wirtschafts-, Sozial- und Umweltgeschichte an der Universität Bern. Er hat aus Wetteraufzeichnungen von einzelnen Personen, den Daten über Weinqualität, Baumringen usw. sowie ab ca. 1850 den Aufzeichnungen von Messstationen Wetterkarten ab 1500 rekonstruiert und sie mit Extremereignissen in Zusammenhang gebracht. Er kommt zu ähnlichen Ergebnissen wie die zuvor besprochene Publikation aus Mainz.

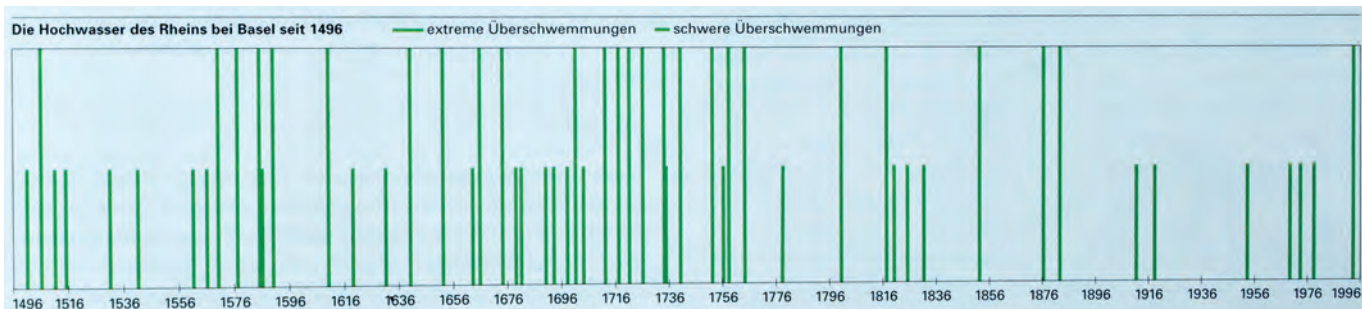
Für unsere Betrachtung vor allem interessant ist die Darstellung der Hochwasser des Rheins bei Basel (siehe Abbildung). Der Autor schreibt dazu:

„Die Grafik lässt sich in zwei Teile gliedern. Im Verlaufe der ersten vier Jahrhunderte bis 1882 wurden die Anwohner des Rheins durchschnittlich alle

#### Verwendete Literatur:

- Frank Sirocko (Hg.) Wetter, Klima, Menschheitsentwicklung. Von der Eiszeit bis ins 21. Jahrhundert. 2009 WBG, Darmstadt.  
Christian Pfister. Wetternachhersage. 500 Jahre Klimavariationen und Naturkatastrophen. 1999 Paul Haupt Verlag, Bern.  
Erich J. Plate und Bruno Merz (Hg.) Naturkatastrophen. Ursachen – Auswirkungen – Vorsorge. E. Scheizerbarth'sche Buchhandlung, 2001 Stuttgart.  
Thomas von Ungern-Sternberg. Brauchen wir eine Zwangsversicherung gegen Elementarschäden? Wir brauchen Monopolversicherungen gegen Elementarschäden. Wirtschaftsdienst Vol. 82, 2002. <http://hdl.handle.net/10419/41288>  
Thomas von Ungern-Sternberg. Die Abschaffung der Monopole in der deutschen Gebäudeversicherung: Lehren für die Schweiz. 2000. <http://www.hec.unil.ch/deep/textes/00.05.pdf>

9,5 Jahre von den Fluten heimgesucht. In den folgenden 112 Jahren verlangsamte sich der Rhythmus der schweren Überschwemmungen. Zwischen 1882 und 1994 sind extrem Hochwässer völlig ausgeblieben ... Die Interpretation dieser Entwicklung ist aus zwei Gründen schwierig: „Erstens haben sich die klimatischen Verhältnisse geändert, Frühjahr, Sommer und Herbst waren im Alpenraum trockener. Zum zweiten „sind die abflussbildenden Prozesse in den letzten 120 Jahren durch Eingriffe und schleichende Veränderungen beeinflusst worden“. Dazu gehören Maßnahmen, die die Hochwassergefahr erhöht haben (Fluss- und Bachbegradigungen, Drainage von Feuchtgebieten zur landwirtschaftlichen Nutzung, Bodenversiegelung durch Straßen und Siedlungen, zunehmende Erosion durch Großmaschinen und Maisanbau in der Landwirtschaft). Andererseits gab es zahlreiche Maßnahmen, die die Hochwassergefahr verringert haben: die Jurarandseen wurden zu Ausgleichsbecken für die Aare, dem größten Nebenfluss des Rheins, umgebaut; alle Alpenrandseen (außer dem Bodensee) sind reguliert; zahlreiche Speicherseen wurden gebaut, die das Frühjahrsschmelzwasser auffangen; Aufforstungen der Bergregionen seit 1876. „Wie diese verschiedenen Einflüsse gegeneinander aufzuwiegen sind, ist beim heutigen Stand unserer Kenntnisse eine Ermessensfrage. Fest steht nur, dass eindimensionale, monokausale Aussagen der komplexen Wirklichkeit nicht gerecht werden.“



Hochwasser in Basel seit 1496. Lange Striche extreme, kurze Striche schwere Überschwemmungen. Ein weiteres extremes Hochwasser gab es 1999.

## Schweiz: Abstimmungskampf gegen den 24-Stunden-Arbeitstag eröffnet

Die Unia und weitere Organisationen der Sonntagsallianz in der Schweiz haben Ende Juni in Bern den Abstimmungskampf gegen die Verschlechterung des Arbeitsgesetzes lanciert. Die Gesetzesänderung, welche erstmals den 24-Stunden-Vollbetrieb im Detailhandel einführen will, kommt am 22. September zur Abstimmung. Damit wird das Arbeitsgesetz ausgehöhlt, und es droht ein Dammbruch für den ganzen Detailhandel, mit Folgen auch für viele andere Branchen. Das Arbeitsgesetz schützt die Gesundheit der Beschäftigten. Immer neue Liberalisierungsschritte höhlen diesen Schutz aus. Besonders weit geht die neueste Gesetzesvorlage der rechten Parlamentsmehrheit: Sie führt erstmals den 24-Stunden-Betrieb im Detailhandel ein. Dagegen haben die Mitgliedsorganisationen der Sonntagsallianz am 3. April ein Referendum mit über 70 000 gültigen Unterschriften eingereicht.

Vorerst gilt die Verschlechterung für Tankstellenshops. Allerdings ist der Geltungsbereich schwammig formuliert und ein Wildwuchs vorprogrammiert: „Was jetzt bei den Tankstellenshops droht, soll morgen im ganzen Detailhandel die Regel sein“, analysierte Vania Alleva, Co-Präsidentin der Unia. Alleva verwies auf weitere angekündigte oder vom Parlament bereits unterstützte Liberalisierungsvorlagen. Diese verlangen die Ausdehnung des 24-Stundenbetriebs auf alle Läden mit einer Verkaufsfläche bis 120 Quadratmeter, den flächendeckenden Sonntagsverkauf und Mindestöffnungszeiten für alle Kantone.

<http://www.unia.ch>, 25.06.2013

## Schweiz: Aktionstag für Reinigungskräfte

Anlässlich eines internationalen Aktionstages hat die Gewerkschaft Unia am 17.6. an großen Bahnhöfen der Schweiz bessere Arbeitsbedingungen für das Reinigungspersonal verlangt. Gewerkschaftsaktivist/innen verteilten an die Pendler und Pendlerinnen kleine Schokoladentäfelchen mit der Aufforderung, diese als Zeichen der Wertschätzung einer Reinigungskraft zu schenken. In Flugblättern wiesen sie auf die nach wie vor sehr niedrigen Löhne der Reinigungskräfte hin. Weil die Arbeitsvolumen oft sehr klein sind (10 bis 15 Stunden pro Woche), haben auch viele keine Pensionskasse. Eine Umstellung auf Tagesreinigung würde es Reinigungsangestellten ermöglichen, in größeren Volumen zu arbeiten. Die Unia forderte deshalb die Pendler auf, sich an ihren Arbeitsplätzen dafür einzusetzen, dass mehr Tagesreinigung mit größeren Volumen

ermöglicht wird, die Reinigungsangestellten höhere Löhne bekommen als die tiefen GAV-Mindestlöhne, den Reinigungsangestellten generell mehr Respekt entgegen gebracht wird.

Die Aktion der Unia war Teil eines internationalen gewerkschaftlichen Aktionstages („International Justice Day“) sowie der Unia-Kampagne „Ohne uns keine Schweiz“. Damit macht die Gewerkschaft darauf aufmerksam, dass viele Dienstleistungen in der Schweiz ohne Migrantinnen und Migranten überhaupt nicht funktionieren würden. So haben 90 Prozent aller Reinigungskräfte keinen Schweizer Pass.

Quelle: <http://www.unia.ch> 17.06.2013

## Luxemburg: Demonstration für Luxair-Beschäftigte

Etwa 1 000 Menschen protestierten am 20. Juni im Zentrum der Stadt Luxemburg für die Rechte der Beschäftigten bei Luxair. Die von den Gewerkschaften OGBL und LCGB sowie der NGL-Snep organisierte Demonstration zog bis vor den Sitz der Nationalen Schlichtungsstelle. Sie richtete sich gegen die unsozialen Praktiken bei der Fluggesellschaft Luxair, deren Management den aktuellen Kollektivvertrag kündigen will, um die Bezahlung einzufrieren, mehr „Flexibilität“ zu schaffen und dem Vernehmen nach schlechtere Beschäftigungsbedingungen einzuführen. François Ballester, politischer Sekretär der Europäischen Transportarbeiter-Föderation (ETF), der im Namen von ETF und ITF auf der Demonstration sprach, sagte: „Der Kampf der Beschäftigten bei Luxair verdeutlicht die Versuche der Arbeitgeber in ganz Europa, Gewerkschafts- und Sozialrechte vor dem Hintergrund von Liberalisierung und sozialer Krise einzuschränken.“ Die Verhandlungen zwischen der Gewerkschaft der Beschäftigten bei Luxair und Arbeitgebervertreter/innen um eine Einigung dauern derzeit noch an.

Quelle: <http://www.itfglobal.org>, 21. Juni 2013

## Algerien: Leihbeschäftigte nehmen Arbeit wieder auf

Mehr als 1 100 Leihbeschäftigte, die von drei Unternehmen beschäftigt werden, hatten auf einem der weltgrößten Gasfelder in Hassi R'Mel, Algerien, einen Hungerstreik begonnen. Diese Aktion folgte auf monatelange Proteste und Streiks um das Recht, Gewerkschaften zu gründen und Verhandlungen über eine Verbesserung der Löhne, der Schichten, der Arbeitsbedingungen, der Unterkünfte und der Transportverhältnisse zu führen. Trotz der Zustimmung des Einsatzunternehmens, des staatlichen Erdölmonopols Sonatrach, und der Leihar-

beitsunternehmen, die Legitimität der Forderungen der Beschäftigten anzuerkennen, wurde nichts zur Umsetzung einer Vereinbarung unternommen. Die Beschäftigten traten am 29. Mai wieder in den Streik, und das Unternehmen holte Ersatzkräfte. Der unbegrenzte Hungerstreik war eine extreme Reaktion in dem Bemühen um Anerkennung und Gerechtigkeit. Am 20. Juni, drei Tage nachdem die IUF eine Kampagne zur Unterstützung der Leiharbeiter gestartet hatte, erklärten sich die Unternehmen bereit, zum ersten Mal mit den Arbeitnehmervertretern zu verhandeln unter der Bedingung, dass die Arbeiter ihren Streik stoppen. In Gesprächen mit den Arbeitern haben die Unternehmen erklärt, dass angeordnete Entlassungen nicht durchgeführt werden. Das IUF schließt deshalb eine initiierte Solidaritätskampagne, ist aber bereit, die Kampagne erneut zu starten, wenn die Verhandlungen scheitern. Die Arbeiter erhielten Solidaritätserklärungen von Tausenden Unterstützern, die ebenfalls Nachrichten an die Regierung und an die Unternehmen gesendet haben.

Quelle: <http://cms.iuf.org>, 23.06.2013

## Marokko: ITF verurteilt Busunternehmen

In einem Schreiben an die marokkanische Regierung hat die ITF (Internationale Transportarbeiterföderation) gewerkschaftsfeindliche Praktiken beim Stadtbusunternehmen von Fes kritisiert und die Regierung zur Intervention im Interesse der ihr angeschlossenen Union des Syndicats UMT des Transports (UMT) aufgefordert. Berichten der UMT zufolge werden Sozialschutzbestimmungen, Gewerkschaftsrechte und Beschäftigungsbedingungen seit der Übernahme der Busdienste durch das Unternehmen City Bus im September 2012 zunehmend untergraben. Dies war der Anlass für Demonstrationen am 18. und am 25. Mai 2013. Am 25. Mai organisierte die UMT ferner eine Solidaritätsaktion für die Beschäftigten, an der der UMT-Vorstand und Mitglieder der ihr angeschlossenen Verkehrsgewerkschaften teilnahmen. In ihrem gemeinsamen Schreiben an den Ministerpräsidenten, den Innenminister und den Arbeitsminister von Marokko schreiben der geschäftsführende ITF-Generalsekretär Stephen Cotton und der Sekretär der ITF-Binnenverkehrssektionen Mac Urata: „Uns wurde zur Kenntnis gebracht, dass die Gründung einer UMT-Geschäftsstelle durch die Belegschaft des Unternehmens gewerkschaftsfeindliche Reaktionen nach sich zog, wie die Verweigerung der Anerkennung der Geschäftsstelle durch die örtlichen Behörden, der Einsatz externer Streikbrecher während des seit 13. Mai organisierten Ausstands und die



## USA: Langer Streik bei Wal-Mart

Anfang Juni ließen sich die Wal-Mart-Bosse beim jährlichen Treffen von Stars wie Hugh Jackman und Tom Cruise feiern. Mit anwesend waren neben Aktionären allerdings auch Aktivisten von OUR Wal-Mart, die von der Führung forderten, den Angestellten Vollzeitbeschäftigung zu ermöglichen, sowie ein jährliches Mindestgehalt von umgerechnet 18.725 Euro. 100 streikende Wal-Mart-Angestellte waren aus Florida, Massachusetts und Kalifornien angereist, um gegen Repressionsmaßnahmen Wal-Marts zu demonstrieren. Der Streik, der am 25. Mai begann, ist zwar klein, dafür aber der längste in der Geschichte des Unternehmens. Die in der Versammlung präsentierten Resolutionen – von der Führung natürlich abgeschmettert – erhielten viel Zustimmung aus dem Publikum. Kalpona Akter aus Bangladesch forderte von Wal-Mart die Einlösung des Versprechens besserer Arbeitsbedingungen. Wal-Mart ist eines der wenigen Unternehmen, das ein industrieweites Übereinkommen ablehnt, das rechtlich verbindliche Schutzmaßnahmen für Textilbeschäftigte vorsieht. **Quelle: <http://www.linkswende.org>, 7.6.2013**

Auflösung von Protestaktionen durch die Polizei. „Die ITF verurteilt die genannten gewerkschaftsfeindlichen Praktiken, die grundlegende, in den Kernübereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation verankerte Arbeitnehmer/innenrechte untergraben, aufs Schärfste. Die Mitglieder der ITF und insbesondere der Straßentransportgewerkschaften in aller Welt werden die Vorgänge aufmerksam verfolgen. Im Namen dieser 4,5 Millionen Verkehrsbeschäftigten fordern wir Ihre Behörden dringend dazu auf, diese Missstände so schnell wie möglich abzustellen.“

**Quelle: <http://www.itfglobal.org>, 14.6.2013**

## Costa Rica: Streik bei Del Monte

Seit drei Wochen streiken 650 Plantagenarbeiter auf den Farmen von Del Monte-Bandeco in der Karibikregion von Sixaola für die Wiedereinstellung von 59 Kollegen. Sie wurden unlängst wegen eines Proteststreiks im Dezember 2012 gegen die schlimmen Bedingungen auf der Plantage gekündigt. Der einzige Abgeordnete der Partei Frente Amplio im Parlament Costa Ricas, José María Villalta, erklärte: „Die Mehrheit der Beschäftigten gehören zum indigenen Volk der Ngöbe. Sie sind Wanderarbeiter aus Panama, die von Bandeco bei der Bananenproduktion für die USA und Europa ausgebeutet werden. Sie werden wie Tiere behandelt, weil man ihre grundlegendsten

Rechte, ihre Menschenwürde, nicht respektiert. Deshalb streiken sie.“ Unbezahlte Überstunden und geringe Löhne, ruinierte Arbeiterwohnungen, extrem lange Arbeitstage und gesundheitsschädliche Arbeitsbedingungen kennzeichnen die dramatisch schlechten Arbeitsbedingungen bei Del Monte im Grenzgebiet zu Panama. Dagegen streikten die Beschäftigten bereits im November 2011 während 26 Tagen. Nach Vermittlung des Arbeitsministeriums zwischen der Gewerkschaft Sitepp und Del Monte hatte Del Monte in Tarifverhandlungen eingewilligt und Sitepp als Organisation der Beschäftigten anerkannt. Aber es dauerte bis zum Januar 2013, eher das Unternehmen zur Unterzeichnung eines Vertrags bereit war. Del Monte verzögerte auch die 2011 versprochenen materiellen Verbesserungen. Deshalb hatte es im Dezember 2012 einen weiteren Streik gegeben. Erst kürzlich wurde bekannt, dass das Arbeitsgericht den Streik auf Antrag Del Montes für widerrechtlich erklärt hatte. Del Monte entließ daraufhin 59 führende Gewerkschaftsaktivisten und stellte weiteren 100 eine Abmahnung zu. Die Einigung vom November 2011 zwischen den Beschäftigten, Del Monte und Sitepp hatte zunächst großen Optimismus ausgelöst. Seitens der Arbeiter hatten sich der Solidaristische Verein und das Ständige Arbeiterkomitee den gewerkschaftlichen Forderungen nach Verhandlungen mit dem Unternehmen

angeschlossen. Beide Gremien existieren auf gesetzlicher Grundlage, werden aber seit Jahrzehnten oft auf Druck der Bananenunternehmen für die Untergrabung der Gewerkschaftsbewegung und die Abwehr von Tarifverträgen missbraucht. Leider kam es nach 2011 auch bei Del Monte wieder zu solchen Manövern, die die Verhandlungen auf mehr als ein Jahr ausdehnten. Mit dem Streik im Dezember 2012 musste Druck für den Abschluss des Tarifvertrags gemacht werden. Einen Tag nach Beginn des aktuellen Streiks wurde der Gewerkschaftssekretär Aquiles Rivera auf der bestreikten Del-Monte-Plantage zusammengeschlagen.

## Gewerkschaftssolidarität gegen Überheblichkeit

Für den 17. Juni hatten die Streikenden und mit ihnen solidarische Organisationen und Personen einen Bescheid vom Del-Monte-Hauptsitz in den USA erwartet, mit dem die Forderungen der Beschäftigten befriedigt und der Streik beendet werden würden. Aber es kam keine Antwort. Die Hafenarbeitergewerkschaft Sintrajap hatte angekündigt, ihre Mitglieder würden keine Del-Monte-Schiffe mehr beladen, wenn die entlassenen Plantagenarbeiter nicht wieder eingestellt werden würden. Die Organisation der Techniker und Arbeiter im Energie- und Kommunikationswesen (Antecc) rief ihre Mitglieder dazu auf, Del Monte bei fortgesetzter Weigerung Strom und Telefon abzuschalten. Der Antecc-Präsident Jorge Arguedas nannte es „unannehmbar, dass im 21. Jahrhundert diese arbeiterfeindlichen Praktiken gegen ganz einfache Arbeiter angewendet werden, nur weil diese ihr legitimes Recht einfordern, einen Tarifvertrag für ihre Arbeitsbedingungen auszuhandeln. Das Arbeitsministerium gibt sich dafür her, Familien in einem der zurückgebliebensten Gebiete des Landes verelenden zu lassen.“ Die Lutherische Kirche Costa Ricas hatte 2011 noch vom Beginn einer neuen Art der Gewerkschaftsarbeit in der Bananenregion gesprochen und sich dafür stark gemacht. Aber erst im Januar 2013 konnte sie als Zeugin den Abschluss des Tarifvertrags im Januar 2013 begrüßen. Die Gewerkschaft der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst und der Privatwirtschaft (Sitepp) organisierte bei Del Monte erstmals Beschäftigte im Landwirtschaftsbereich und richtete im April 2013 ein Sekretariat für indigene Angelegenheit und Umwelt ein. Die Euphorie und die Hoffnungen auf völlig neue und gerechte Arbeitsbeziehungen bei Del Monte in Sixaola sind jetzt an der Überheblichkeit des Unternehmens zerschellt.

**Quelle: <http://www.makefruitfair.de>, 20.6.2013**



## Endlagersuchgesetz wird Atommüll-konflikt nicht lösen

HAMBURG. Zu der für heute (28.6.13) geplanten Verabschiedung des Endlagersuchgesetzes im Bundestag erklärt Jochen Stay, Sprecher der Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt:

„Meine große Sorge ist, dass es mit diesem Gesetz nicht gelingen wird, den Konflikt um die Atommüllagerung zu lösen. Ich bin enttäuscht und verärgert, dass die Politik nicht deutlicher auf die Bürgerinnen und Bürger zugeht, sondern immer noch meint, sie könne das Atommüllproblem alleine lösen ...

- Die im Gesetz vorgesehene Bürgerbeteiligung an den potentiellen Standorten ist marginal.
- Noch bevor die geplante Kommission ihre Arbeit aufnimmt, wird im Gesetz schon vieles detailliert geregelt, was die Experten erst erarbeiten sollen.
- Die Kommission soll bis 2015 erörtern, ob es zur Endlagersuche ein neues riesiges Bundesamt braucht. Dieses wird aber bereits 2014 eingerichtet. Da kann ich nur sagen: Bundesrechnungshof, übernehmen Sie!

Einige der jetzt beschlossenen Änderungen gehen zwar in die richtige Richtung, greifen aber viel zu kurz:

- Natürlich ist es sinnvoll, das Bundesamt nicht schon 2013 einzurichten. Aber 2014 macht genauso wenig Sinn.
- Natürlich ist es sinnvoll, mehr Wissenschaftler in die Kommission aufzunehmen, aber wenn die hinterher doch nichts zu sagen haben, nutzt das auch nichts.
- Natürlich ist es sinnvoll, den betroffenen Anwohnern und Gemeinden mehr Klagerechte einzuräumen. Aber warum gibt es die Möglichkeit der gerichtlichen Überprüfung dann nur bei einem einzigen Verfahrensschritt? Unterm Strich bedeutet das immer noch ein Abbau von Anwohnerrechten.

*Zwei Passagen im Gesetz grenzen an Täuschung der Öffentlichkeit:*

- Zwar wird ein Verbot weiterer Castortransporten nach Gorleben aufgenommen. Aber es ist jetzt schon absehbar, dass dieses Verbot vor Gericht nicht haltbar ist. Die AKW-Betreiber behalten sich Klagen dagegen ausdrücklich vor. Und wenn

die Bundesländer von ihrem Vetorecht bezüglich der Castorz Zwischenlagerung Gebrauch machen, dann läuft sowieso alles wieder auf Gorleben hinaus.

- Zwar wird die Dauer der Zwischenlagerung auf 40 Jahre beschränkt, aber es ist unter Experten ein offenes Geheimnis, dass diese Zeitspanne bei Weitem nicht ausreichen wird, um ein Endlager in Betrieb zu nehmen. [www.ausgestrahlt.de](http://www.ausgestrahlt.de)

## Paritätischer zeigt sich enttäuscht über Pflegebericht

BERLIN. Anlässlich der heutigen Übergabe des Berichts einer Expertenkommission an Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr zur Einführung eines neuen Begriffes der Pflegebedürftigkeit äußert sich der Geschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Werner Hesse, enttäuscht über die Ergebnisse des Beirats ... Im Unterschied zu einem bereits 2009 veröffentlichten Expertenbericht enthält der neue Bericht nur noch verschiedene Modellrechnungen, aber keine konkrete Empfehlung zum Umfang der nötigen Leistungsverbesserungen. Die von den Beiratsvorsitzenden favorisierten „mindestens 2 Mrd. Euro jährlich“ waren der Arbeitgeberseite zu viel und den Wohlfahrtsverbänden zu wenig. „Bei genauer Lektüre des Berichts wird man feststellen, dass allein die notwendigen Leistungsverbesserungen für Bewohner von Pflegeheimen 2 Mrd. Euro kosten würden“, so Werner Hesse. Dies wurde aber von vielen Beiratsmitgliedern abgelehnt, weil im Heim bereits heute eine Vollversorgung bestehe. „Sie ignorieren, dass zwei Drittel der Heimbewohner dement sind und gerade mal die allernötigste Pflege und Betreuung erhalten“, empört sich der Paritätische. Auch die pflegebedürftigen Bewohner von Einrichtungen für Menschen mit geistiger Behinderung sollen nach Auffassung der meisten Beiratsmitglieder weiterhin mit 256 Euro monatlich abgespeist werden. Der Paritätische bekräftigt seine Forderung nach zusätzlichen 6 Mrd. Euro für die Pflege und erwartet, dass die nächste Bundesregierung unverzüglich eine umfassende Pflegereform auf den Weg

bringt. „Eine Pflegeversicherung, die ihre Kernaufgaben nicht erfüllt, verliert ihre Existenzberechtigung“, resümiert Werner Hesse. [www.der-paritaetische.de](http://www.der-paritaetische.de)

## Aktionswochen gegen Antisemitismus 2013 finden statt

BERLIN. Auch in diesem Jahr werden die Aktionswochen gegen Antisemitismus wieder stattfinden. Da das Projekt in diesem Jahr nicht aus den Bundesprogrammen gefördert wird, stand diese Entscheidung lange auf der Kippe. Die Amadeu Antonio Stiftung hat sich jedoch entschieden die Aktionswochen aus Eigenmitteln zu stemmen – um ein deutliches Signal gegen Antisemitismus und für eine starke Zivilgesellschaft zu setzen ... Teil der Aktionswochen können alle Veranstaltungen zum Thema Antisemitismus werden, die im Zeitraum Ende Oktober bis Mitte Dezember 2013 stattfinden. Wir helfen auch dabei Veranstaltungen bei Ihnen und Euch vor Ort zu realisieren und werden diese bundesweit bewerben! Die Aktionswochen gegen Antisemitismus sind die bundesweit größte Kampagne gegen Antisemitismus. Das Ziel dieser Initiative ist es, an vielen Orten gleichzeitig rund um den 9. November ein breites Spektrum von Veranstaltungen gegen Antisemitismus zu organisieren, zu vernetzen und Diskussionen über verschiedene Facetten des Problems zu initiieren.

[www.amadeu-antonio-stiftung.de/start/](http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/start/)



## Rede Obamas: In Sachen nuklearer Abrüstung eher Nebelkerzen

FRANKFURT. Zum Vorschlag Präsident Obamas für die weitere Reduzierung der strategischen Atomwaffen um ein Drittel erklärt Manfred Stenner, Geschäftsführer des Netzwerks Friedenskooperative: „Präsident Obamas Berliner Offensive zu weiterer nuklearer Abrüstung ist zunächst eine rhetorische Nebelkerze mit vielen Vorbehalten. Der Plan für eine Nuklearwaffen-Sicherheitskonferenz für 2016 sowie Verhandlungen mit Russland zur Reduzierung der strategischen Atomwaffen um ein Drittel würde durch einen gleichzeitigen Verzicht auf den umstrittenen Raketenabwehrschirm weit aus realistisch. Die US-Administration weiß doch genau, dass Russland durch das angeblich gegen „Schurkenstaaten“ wie Iran gerichtete Abwehrsystem eine strategische Entwertung des eigenen Raketenpotentials fürchtet. Das gilt bei einer Verringerung voraussichtlich noch mehr. Die Abrüstungsangebote werden auch durch die US-Pläne zur Modernisierung der Atombomben des Typs B 61 konterkariert, die u.a. in Büchel/Eifel stationiert sind. Es ist für eine neue Dynamik bei atomarer Abrüstung absolut kontraproduktiv, dass auch Kanzlerin

Merkel trotz gegenteiliger Beschlüsse des Bundestages offenbar wegen der ‚nuklearen Teilhabe‘ auf einem Verbleib dieser Atombomben in Deutschland beharrt. Was bei der Vision einer atomwaffenfreien Welt in Prag damals noch begeistern konnte ist durch die Praxis unter Obama bisher leider widerlegt.“ [www.dfg-vk.de](http://www.dfg-vk.de)

## TTIP – Nein danke! Transatlantische Partnerschaft geht anders

BERLIN. Positionspapier deutscher Nicht-regierungsorganisationen zum geplanten Freihandels- und Investitionsabkommen EU-USA. Die Regierungen Europas und der USA planen das „transatlantische Freihandels- und Investitionsabkommen“ (TTIP). BMW und Monsanto freuen sich; auch Deutsche Bank und JP Chase Morgan, BASF und Google, Bertelsmann und ExxonMobil. Doch brauchen die Menschen in Europa, den USA und im Rest der Welt wirklich einen großen, deregulierten transatlantischen Markt? Eine Antwort auf die eigentlichen Fragen gibt TTIP nicht: Wie wollen wir leben? Was ist „gutes Leben“ ohne die Ausbeutung von Mensch, Tier und Umwelt? Wie können wir in den ökologischen Grenzen des Planeten wirtschaften und dabei gute, fair bezahlte Arbeit sichern? Wie können wir Ernährungssouveränität für alle erreichen? Wir rufen daher alle interessierten Menschen und Organisationen auf, sich aktiv an der Debatte um dieses neue Abkommen zu beteiligen! Machen wir – zusammen mit unseren Freundinnen und Freunden in Europa und den USA – den Politikern und Wirtschaftskapitänen deutlich, dass Freihandels- und Investorenschutz-Rezepte aus dem 20. Jahrhundert keine Lösung für die aktuellen Herausforderungen sind. Eine transatlantische Partnerschaft für die sozial-ökologische Transformation, die wir im 21. Jahrhundert so dringend brauchen, sieht ganz anders aus! Auch in den USA und anderen Ländern Europas regt sich der Widerstand gegen dieses geplante Abkommen – gemeinsam werden wir es stoppen! [www.weed-online.org](http://www.weed-online.org)

## Flüchtlinge aus Afghanistan suchen in Karlsruhe Schutz vor der Abschiebung nach Ungarn

KARLSRUHE. Seit Mittwoch 12. Juni befindet sich eine Gruppe von rund 70 afghanischen Flüchtlingen in der Landesaufnahmestelle Karlsruhe. Die Gruppe setzt sich aus mehreren Familien mit Kindern allen Alters und Einzelpersonen zusammen, die sich in Ungarn im Flüchtlingslager Bicske zusammengeschlossen haben, um nach einem intensiven, aber vergeblichen Protest gegen die desolaten Zustände für Flüchtlinge in Ungarn, nach Deutschland zu fliehen. Da Flüchtlinge in Ungarn akut von Obdachlosigkeit und mangelnder Integrationsunter-

stützung betroffen sind, finden schon seit November 2012 dort selbstorganisierte Demonstrationen und Proteste statt ... „Wir haben festgestellt, dass das europäische Asylsystem nicht funktioniert, es gibt keine Gleichbehandlung und gleiche Bedingungen für Asylsuchende und Flüchtlinge in Europa. Wir werden dieses System nicht akzeptieren. Wir müssen das für unsere Kinder tun.“ So schreiben die Flüchtlinge in einer Stellungnahme, die sie direkt nach ihrer Abreise an den UNHCR in Budapest geschickt haben.

[www.thecaravan.org/](http://www.thecaravan.org/)

## Menschenrechte für Migranten und Flüchtlinge: Positionen von Pro Asyl, DGB und Interkulturellem Rat zur Bundestagswahl

BERLIN. Pro Asyl, der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und Interkultureller Rat in Deutschland haben am Freitag in Berlin ihre Erwartungen an die politischen Parteien zur diesjährigen Bundestagswahl vorgestellt.

*Kernforderungen von Pro Asyl, DGB und Interkultureller Rat zur Bundestagswahl sind u.a.:*

- Erarbeitung einer umfassenden und handlungsorientierten Strategie gegen Rassismus und Diskriminierung sowie die Ausweitung des gesetzlichen Schutz vor Diskriminierung;
- Förderung der Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union als grundlegendes Recht aller Unionsbürger sowie die Erleichterung des Zugangs zum Arbeitsmarkt und zum Daueraufenthalt für Migranten und Flüchtlinge;
- Stärkung der Rechte grenzüberschreitender Arbeitskräfte durch Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns und flächendeckender Beratungsstrukturen;
- Beendigung der gewaltsame Abwehr von Flüchtlingen an den Außengrenzen der Europäischen Union und die Gewährleistung eines fairen Asylverfahrens in dem EU-Land, in dem ein Asylsuchender einen Asylantrag stellen möchte;
- Verabschiedung einer dauerhaft wirksamen, an humanitären Gesichtspunkten ausgerichteten Bleiberechtsregelung für Geduldete sowie die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes und die Schaffung eines Rechtsanspruchs auf sofortigen Zugang zu Integrationsleistungen für die Betroffenen;
- Garantie des grundgesetzlichen Schutzes von Ehe und Familie durch großzügige und vom Aufenthaltsstatus unabhängige Nachzugsregelungen;
- Verbesserung der politischen und gesellschaftlichen Partizipationschancen von Migranten und
- Flüchtlingen durch die ersatzlose Streichung der Optionspflicht für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern und die generelle Akzeptanz von Mehrstaatigkeit beim Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit.

[www.interkultureller-rat.de/](http://www.interkultureller-rat.de/)

# „Lampedusa in Hamburg“

## Hanseatisches Obergerverwaltungsgericht macht den Weg frei für symbolisches Flüchtlingscamp

HAMBURG. Bereits vor zwei Wochen sollte auf dem Gerhard-Hauptmann-Platz ein symbolisches Flüchtlingscamp errichtet werden, um auf die katastrophale Situation der etwa 300 libyschen Flüchtlinge aufmerksam zu machen, die sich derzeit in Hamburg aufhalten. Dem stand bisher insbesondere das von der Versammlungsbehörde ausgesprochene Verbot entgegen, dass Versammlungsteilnehmer in den Zelten auch nächtigen. Dieses Verbot hat nun der vierte Senat des Hanseatischen Obergerverwaltungsgerichts mit seinem Beschluss vom 12.6.2013 (Az: 4 Bs 166/13) ausgesetzt. Bereits zuvor hatte das Verwaltungsgericht die Beschränkung auf weniger als drei Zelte für rechtswidrig befunden. „Die Entscheidung des Obergerverwaltungsgerichts ist aus verfassungsrechtlicher Sicht sehr zu begrüßen, da sie entgegen dem bundesweiten Trend die im Grundgesetz verbürgte Gestaltungsfreiheit im Versammlungsrecht stärkt“, kommentiert Rechtsanwalt Nils Rotermund. Immer wieder haben Gerichte es in den letzten Jahren verboten, bei Dauerversammlungen Zelte aufzustellen und diese auch als Schlafplatz zu nutzen. Oft wurden die Begründungen an den Haaren herbeigezogen. So wurde den Versammlungsteilnehmern etwa vorgeschlagen, eine Art Schichtdienst einzurichten. Die juristische Literatur bemerkte allzu spitzfindig, das Wort „Mahnwache“ komme von „Wachen“ und schließe es daher begriffslogisch aus, vor Ort zu schlafen. Auf derlei Begriffsklauberei hat sich das Obergerverwaltungsgericht Hamburg erfreulicherweise nicht eingelassen und in der Entscheidung klar festgestellt: „Der Gesamtkarakter der Versammlung wird durch die andauernde Mahnwache, die ‚rund um die Uhr‘ stattfindet, geprägt. Dieser Charakter wird nicht bereits dadurch geändert, dass einzelne Versammlungsteilnehmer sich zwischendurch ausruhen und dabei auch schlafen.“

Die Versammlung verliert nicht das Gesamtgepräge einer Dauermahnwache, wenn Versammlungsteilnehmer Ruhepausen einlegen, um eine effektive Meinungskundgabe gewährleisten zu können“. „Durch das symbolische Flüchtlingscamp sollen die Folgen der harten Linie des Hamburger Senats und der wesentlich auch von Deutschland geprägten Europäischen Flüchtlingspolitik, insbesondere durch das Dublin-II-Abkommen, verdeutlicht werden“,

so Rechtsanwältin Britta Eder. Die Flüchtlinge hatten, teils auf Grund von politischer Verfolgung und Kriegen in ihren Heimatländern, teils als Wanderarbeiter, in Libyen ein erträgliches Auskommen gefunden. Infolge des auch von der europäischen Staatengemeinschaft tatkräftig befeuerten Bürgerkriegs und der anschließenden Zunahme oft rassistisch motivierter Übergriffe mussten sie jedoch auch aus Libyen fliehen. Wie viele afrikanische Flüchtlinge erreichten sie zunächst das vor Nordafrika gelegene Lampedusa. Die italienische Insel dient seit Jahren als eine Art gesamteuropäisches Flüchtlingslager, dessen Infrastruktur vollkommen überlastet ist. Die Flüchtlinge werden unter erbärmlichen Bedingungen teils in Baracken, teils in Zeltlagern untergebracht und haben keinerlei Perspektive. In Italien ist man erkennbar weder in der Lage noch Willens, ihnen ein einigermaßen menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Der Weg in die praktisch flüchtlingsfreien nord- und westeuropäischen Staaten ist durch das Dublin II-Abkommen versperrt. Danach ist für Asyl und humanitären Aufenthalt allein der Staat zuständig, in dem ein Drittstaatsangehöriger den Geltungsbereich des Schengener Abkommens betreten hat. Der – an den gesamteuropäischen Aufnahmekapazitäten gemessen durchaus überschaubare – Flüchtlingsstrom trifft folgerichtig allein die ohnehin krisengebeutelten Mittelmeeranrainer. Dort hat sich die Lage inzwischen derart zugespitzt, dass auch deutsche Gerichte die Abschiebung nach Italien und Griechenland bereits aus humanitären Gründen abgelehnt haben. Nachdem die EU Anfang des Jahres ihre Unterstützungszahlungen einstellte, hat Italien unter anderem die 300 derzeit in Hamburg lebenden Flüchtlinge praktisch vor die Tür gesetzt. Wie viele der Betroffenen berichten, stellten die italienischen Behörden ihnen Aufenthaltserlaubnisse aus, verwiesen sie – teilweise unter Zwang – binnen weniger Tage aus ihren provisorischen Flüchtlingsunterkünften und forderte sie auf, „ihr Glück“ in nördlichen EU-Ländern zu suchen. In Italien hätten sie keine Perspektive, weder auf Arbeit noch Unterkunft. Etwa 300 Flüchtlinge erreichten Hamburg und kamen zunächst in den Winternotlagern für Obdachlose unter. Als diese Ende April geschlossen wurden, fanden sich die Menschen auf der Straße wieder. Der Hamburger Senat weigert sich beharrlich, eine Lösung für Betroffenen zu ermöglichen. „Dass das Flüchtlingsregime der EU offensichtlich gescheitert ist, hindert den Senat nicht daran, immer wieder zu betonen, das Gesetz lasse keine Lösung zu. Der Senat und das offenbar ebenfalls beteiligte Bundesinnenministerium ignorieren und verschweigen dabei geflissentlich, dass sowohl das deutsche Aufenthaltsgesetz als auch die Vereinbarung anderer

**Am 8. Juni gingen 1500 Leute für die Rechte der libyschen Flüchtlinge auf die Straße, Quelle: FAK**

Aufnahmekontingente auf EU-Ebene, eine legale Lösung für die Flüchtlinge ermöglicht.“ kommentiert Rechtsanwältin Witte-Rohde. Unter kompletter Verkenning der Situation in Italien und den Heimatländern der Betroffenen verweist Sozialsenator Scheele die Flüchtlinge darauf, dorthin zurückzufahren, wo sie arbeiten dürften und ein Aufenthaltsrecht hätten. Das sei in Italien oder auch in ihren ursprünglichen Heimatländern der Fall. Um der Öffentlichkeit die dramatischen und menschenunwürdigen Folgen des europäischen Flüchtlingsrechts vor Augen zu führen, meldete Hartmut Obens aus der Bezirksversammlung Eimsbüttel für Die Linke Eimsbüttel und die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migrantinnen unter dem Tenor „Lampedusa in Hamburg – Unterkunft und Aufenthaltsstatus für die libyschen Flüchtlinge – Weg mit Dublin II“ ein symbolisches Flüchtlingscamp als Dauermahnwache an. Das Camp sollte aus einer unbestimmten Anzahl von Zelten und einer Dixi-Toilette bestehen. Die Versammlungsbehörde reagierte zunächst mit einer Verzögerungstaktik. Wenige Stunden vor dem geplanten Beginn der Mahnwache bestätigte sie statt



des Zeltlagers einen einzelnen Pavillon und verwies den Anmelder im Übrigen darauf, eine Sondernutzungsgenehmigung zu beantragen, wie sie für Straßenfeste und ähnliche Veranstaltungen vorgesehen ist. Die gesetzlich vorgesehene gerichtlich überprüfbare Entscheidung der Versammlungsbehörde bekam der Anmelder erst, nachdem er das Verwaltungsgericht eingeschaltet hatte. Wenig überraschend verbot die Behörde es dann in dem gerichtlich erzwungenen Bescheid, mehr als ein Zelt aufzustellen, in dem zudem jemand hätte schlafen sollen. Der Anmelder legte Widerspruch ein und rief erneut das Verwaltungsgericht Hamburg an, das die Anzahl der Zelte auf drei erhöhte und es gestattete, eine Dixi-Toilette aufzustellen. Erst das Obergericht hat nun auch das Verbot ausgesetzt, in den Zelten zu schlafen. (PMDie Linke aus Lokalberichte Hamburg 13/2013)

## Bundesgartenschau Mannheim

### Gemeinderat für Bürgerentscheid – CDU erzwingt absurden Termin

MANNHEIM. In seiner Sitzung am 18. Juni hat der Gemeinderat beschlossen, die Wahlberechtigten in Mannheim parallel zur Bundestagswahl am 22. September folgendes zu fragen: „Soll Mannheim zur nachhaltigen Entwicklung eines Grünzugs Nordost im Jahr 2023 eine Bundesgartenschau durchführen, die überwiegend auf dem Gelände der ehemaligen Spinelli-Kaserne und unter Einbeziehung einer maximal 16 Hektar großen Teilfläche der Feudenheimer Au unter Beibehaltung ihres Status als Landschaftsschutzgebiet stattfindet?“

Der Gemeinderat gibt damit die Entscheidungskompetenz über die Durchführung der BuGa an das Wahlvolk zurück. Er hatte mit 75% Mehrheit im Februar „die Bewerbung der Stadt Mannheim für die Austragung der Bundesgartenschau (BuGa) 2023 bei der Deutschen Bundesgartenschau-Gesellschaft (dbg) auf Grundlage der Machbarkeitsstudie vom 25.10.2012“ beschlossen, wobei zehn interaktionell definierte noch zu klärende Punkte festgehalten wurden.

Zwischenzeitlich hatte die im „Mannheimer Morgen“ über die sogenannten Bürgerbarometer veröffentlichte Mei-

nung die anfängliche BuGa-Euphorie durch zunehmende Skepsis ersetzt und die Einbeziehung der Au wurde ausgehend vom Umweltforum und schwerpunktmäßig in Feudenheim mit erheblichem Presseverstärkerecho problematisiert. Es entstand der Wunsch nach Bürgerentscheid, der sich schließlich in fünf Gemeinderatsanträgen manifestierte, die nach Fragestellung und Termin alle voneinander abwischen. Der Oberbürgermeister brachte daraufhin im letzten Hauptausschuss den Vorschlag ein, den Bürgerentscheid im Februar 2014 durchzuführen. Bis dahin sollten zwischen Juli und November vier Planungsgruppen aus Mitgliedern des Gemeinderats, der Bürgerschaft und von Verbänden und Initiativen die Planung konkretisieren. Die Fachverwaltung sollte fünf definierte Aufgabenfelder auf Grundlage der Empfehlungen der politischen Gremien wie auch aus den Diskussionen mit den Vereinen und Verbänden bearbeiten. Ferner sollten noch Gutachten eingeholt werden (Klima, Verkehr, Biotopkartierung). Am 9. Dezember sollte der Gemeinderat dann die Fragestellung und den Februartermin förmlich be-

schließen. Dieser Termin basierte ursprünglich auf einem Vorschlag der CDU und der Grünen. Die SPD unterstützte den Termin. Die Linke trat für den Termin der Kommunalwahl im Mai 2014 ein. Die CDU schwenkte aber noch vor dem Hauptausschuss auf den ursprünglich von der ML geforderten Termin 22. September um.

Die Gemeindeordnung Baden-Württemberg verlangt für einen Gemeinderatsbeschluss über einen Bürgerentscheid eine Zweidrittelmehrheit der Mitglieder. Wer einen Bürgerentscheid wollte, musste sich also terminlich zusammenraufen. Keiner der Termine hatte nur Vor- oder Nachteile. Der 22. September hatte jedoch die gravierendsten Nachteile. Die CDU bestand stur darauf – genüsslich. Denn wer ihr nicht folgen wollte, hätte sich dem Vorwurf ausgesetzt, den Bürgerentscheid verhindert haben. Die Sehnsucht nach den vergangenen, ach so herrlichen Zeiten der kommunalen großen Koalition suchte Befriedigung.

#### Auf den Termin kommt es an!

Was spricht für, was gegen den 22. September? Dafür spricht eine zu erwartende hohe Wahlbeteiligung. Dies war auch das einzige Argument der CDU. Dagegen spricht, dass die Ausarbeitung des BuGa-Konzepts unter bürgerschaftlicher Beteiligung bis dahin unmöglich zu leisten ist. Dagegen spricht vor allem, dass die Haushaltsberatungen über den Planungszeitraum 2014 bis 2018 erst im Dezember stattfinden. Die Linke, die von Anfang an für eine Kostendeckelung von 65 Millionen Euro im Gemeindeanteil eintrat, verwies auf eine vollkommen neue und überraschende Finanzsituation: Durch die Ergebnisse des Mikrozensus hat die Stadt Mannheim (angeblich) 23 000 Einwohner weniger als im Melderegister ausgewiesen. Das führt perspektivisch zu Mindereinnahmen der Stadt aus Schlüsselzuweisungen von ca. 20 Millionen Euro jährlich. Dieser Tatbestand ist geeignet, die wirtschaftliche Basis der BUG in Mannheim samt ihrer Stadtentwicklungsambitionen zunichte zu machen. Das Thema ist noch nicht einmal andiskutiert, die Folgen für den Doppeltat 2014/2015 noch vollkommen offen. Der finanzielle Aspekt ist jedoch für die abstimmende Bevölkerung ein ganz wichtiges Kriterium.

Der Februartermin liegt hinter der Etatentscheidung. Er dürfte jedoch mit ziemlicher Sicherheit dazu führen, dass der Bürgerentscheid das in Baden-Württemberg sehr hohe, zu hohe Quorum von 25% Abstimmungsbeteiligung verfehlt. Kein guter Umgang mit diesem Instrument direkter Demokratie. Deshalb der mündlich eingebrachte Antrag der Linken, mit dem Bürgerentscheid bis zur Kommunalwahl zu warten – und einen Bürgerentscheid auf Basis klarer Informationen und Konzepte durchzuführen

und mit der Aussicht auf Erfüllung des Quorums.

Somit gab es drei konkurrierende Anträge, die nacheinander abgestimmt wurden. Zunächst der Antrag der Linken: Er erhielt nur die Stimmen der Linken, von Gudrun Kuch und einiger Grünen. Der Antrag „Februar“ der Grünen erhielt die Stimmen aller Grünen, der SPD, der Linken und des OB. Es waren zwar viele, aber keine 33 Stimmen. Darauf der Antrag der CDU: Grüne und SPD beugten sich; nur die Linke und Gudrun

Kuch stimmten gegen den Termin und gegen einen Entscheid, für den wesentliche Entscheidungskriterien bis dahin noch nicht beantwortet werden können.

Erste Konsequenz ist nun, dass die bereits terminierten Planungsgruppen auf Oktober verschoben werden – vorausgesetzt, die BuGa bekommt grünes Licht im Bürgerentscheid. Lediglich die für 25. Juni geplante Informationsveranstaltung zum Beteiligungsprozess soll wohl stattfinden. Eine vertane Chance!

Thomas Trüper

## NSU-Anschläge – Beratung für Betroffene in Köln

Köln bietet den Opfern der rechtsextremen NSU-Anschläge in der Keupstraße und der Probsteigasse ein zusätzliches aufsuchendes Beratungsangebot an. Wenn auch sehr, sehr spät, ist dies trotzdem eine wichtige öffentliche Reaktion auf die Anschläge in den Jahren 2000 und 2004 und den dann folgenden Verdächtigungen gegen die Menschen in der Keupstraße.

Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Kölner Oberbürgermeister, der Direktorin des Landschaftsverbandes, zwei Stadtratsmitgliedern und der evangelischen Kirche bzw. der Diakonie am 20. Juni wurde das Projekt der Öffentlichkeit vorgestellt.

Entstanden war die Idee einer zusätzlichen Beratung auf einer Veranstaltung der Interessengemeinschaft Keupstraße im September 2012. Heike Kleffner berichtete über ihre Erfahrungen mit der mobilen Beratung für Opfer von rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt. Noch heute bringt sie ihre Fachkompetenz als Mitarbeiterin der Bundestagsabgeordneten und Mitglied des NSU-Untersuchungsausschusses Petra Pau ein. Die auf der Veranstaltung anwesenden Stadtratsmitglieder Dr. Walter Schulz (SPD) und Jörg Detjen (Die Linke) griffen die Vorschläge auf und haben dann parteiübergreifend ein Jahr lang an dem Thema ge-

arbeitet. Die Grundüberlegung war: Nach dem Anschlag in der Keupstraße im Jahre 2004 wurden die Täter nicht im rechtsextremen Milieu, sondern unter den Bewohnern der Keupstraße und in ihrem familiären Umfeld gesucht. Diese Verdächtigungen wurden noch dadurch bestärkt, dass der damaligen Bundesinnenminister Schily einen rechtsextremistischen Anschlag ausschloss und der NRW-Innenminister diesen Kurs mittrug. Viele Opfer wurde mehrfach verhört, bespitzelt und wie Täter behandelt. Dies führte zu gegenseitigen Verdächtigungen und setzte über Jahre eine Welle von Verunsicherungen in Gang, die auch in der familiären Umgebung der Opfer zu Traumatisierungen führte.

Als 2011 die Täterschaft des NSU offenbar wurde, atmeten diese Menschen einmal durch. Es blieben aber Ängste bestehen: Gab es weitere rechtsextreme Helfer? Warum haben die staatlichen Behörden so lang falsch ermittelt? War das Absicht?

Der Landschaftsverband Rheinland, der für die Opferentschädigung (OEG) zuständig ist, stellt dazu fest: „Insgesamt berichteten Betroffene im Rahmen des OEG-Verfahrens, dass sie durch die erneute Konfrontation mit dem Tatgeschehen und der Gewissheit des rechtsextremistischen Hintergrundes erneut stark traumatisiert wurden.“<sup>1</sup>

In der Keupstraße wurden 2004 unmittelbar 22 Opfer registriert. Ein Opfer hat sich inzwischen das Leben genommen. In 14 Fällen haben Opfer des Bombenanschlags in der Keupstraße Leistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz erhalten. Zwei Personen haben wegen der Schwere ihrer Verletzungen eine Rente erhalten, „für acht Op-

Veranstaltung zu 20 Jahre Solingen in der Keupstraße



fer wurden vorübergehend Kosten der Heilbehandlung übernommen.“ Nachdem bekannt wurde, dass der NSU die Anschläge verübt habe, wurde in zwei Fällen ein Verschlimmerungsantrag gestellt. Aber womöglich haben sich nicht alle Betroffenen überhaupt gemeldet.

Aus diesen Angaben wird deutlich, dass die Opferentschädigung noch lange nicht abgeschlossen ist und dass ein aufsuchendes Beratungsangebot dringend erforderlich ist.

Bei den Entwicklung des Konzeptes wurde sehr intensiv darüber diskutiert, wer die Opferberatung durchführt. Alle waren sich einig, es dürfen keine staatlichen Stellen sein. Das

heißt, Stadt und Landschaftsverband wurden ausgeschlossen. Die Opferberatung Rheinland war überfordert. So verständigte man sich auf die Diakonie, die in Köln seit vielen Jahren große Erfahrung bei der Beratung von illegalen und traumatisierten Flüchtlingen hat. Helga Blümel, die Geschäftsführerin der Diakonie, erklärte auf Nachfrage auf dem Pressekonferenz, dass man über die Anstellung eines Migranten nachgedacht, dies aber verworfen habe: „Wir wollten uns nicht auf Glatteis begeben.“ Mit der Auswahl – ob Kurde oder Türke, Mann oder Frau, sunnitische, alevitische oder andere religiöse Ausrichtungen – hätte der Träger eine Vorentscheidung getroffen, wen er in

der türkischen Community ansprechen wolle.“<sup>2</sup>

Die Opferberatung ist jetzt zunächst auf ein halbes Jahr begrenzt. Dann wird man weiter sehen. Die Kosten tragen die Stadt Köln und der Landschaftsverband. Empörend ist, dass die NRW-Landesregierung vorerst eine Beteiligung an den Kosten abgelehnt hat.

Die beiden Stadtratsmitglieder betonten auf der Pressekonferenz: „Wir können nur versuchen, das Leid der Opfer zu mildern. Für traumatisierte Menschen ist es nicht nur wichtig, dass ihnen solidarisch geholfen wird, sondern auch, dass sie ihn ihrem Leid öffentlich gewürdigt werden.“<sup>3</sup>

Jörg Detjen

Quellen: 1 Anfrage 13/46 der Linken in der Landschaftsversammlung Rheinland und die Antwort der Verwaltung. 2 Neues Deutschland vom 22. Juni. Artikel von Anja Krüger, Keupstraße erhält Anti-Rechts-Beratungsstelle. 3 Presseerklärung der Stadt Köln vom 20.6. „Beratung für Betroffene rechts-extremer Anschläge in Köln“

**Senat betreibt Lohndrückerei:** BERLIN. Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin Elke Breitenbach erklärt: Jetzt ist es amtlich: Beschäftigte, die im Berliner Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) gearbeitet haben, erhalten bei einer Vertragsverlängerung deutlich weniger Lohn als zuvor. Für die gleiche Tätigkeit bekommen sie nur noch 975 Euro statt 1.300 Euro. So wie es das Programm BerlinArbeit des SPD-CDU-Senats vorsieht. Das ist offene Lohndrückerei! Seit 2012 sind davon 1.035 Menschen betroffen. Das geht aus der Antwort der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen auf meine Kleine Anfrage (Drucksache 17/11983) hervor. Menschen, die am gleichen Arbeitsplatz die gleiche Arbeit wie zuvor verrichten, werden mit deutlich weniger Geld abgespeist. Dafür sollen sie nur noch 30 Stunden an ihrem Arbeitsplatz tätig sein und weitere zehn Stunden unbezahlt an Coaching und Qualifizierung teilnehmen. Der Senat weitet den Niedriglohnsektor aus und produziert immer mehr sogenannte Aufstocker. Denn die Betroffenen werden fast alle zusätzlich Kosten der Unterkunft beantragen müssen. Das ist keine Arbeitsmarktpolitik, die neue Chancen für Langzeitarbeitslose erschließen will. Das ist perspektivlos und für die Betroffenen entwürdigend.

[www.die-linke-berlin.de](http://www.die-linke-berlin.de)

**CDU und Piraten stimmen Anträgen der Linken zum Wohnkonzept zu:** HANNOVER. „Die Mietpreise steigen von Monat zu Monat, besonders betroffen sind Mieterinnen und Mieter mit geringen Einkommen. Um den Nachfragedruck auf die Mieten zu senken, muss es mit dem Wohnungsbau in Hannover also schnell vorangehen, besonders auch im Sozialen Wohnungsbau mit Mietpreisbindung.“ So begründete Oliver Förste, Fraktionsvorsitzender der Linken gestern im Rat der Stadt Hannover die Anträge seiner Fraktion zum Wohnkonzept 2020. Danach soll beim Neubau von

Mietwohnungen vorzugsweise höhergeschossig bis zu sechs Stockwerken gebaut werden, um den Verbrauch von Frei- und Grünflächen zu begrenzen und über das Verhältnis zum Grundstückspreis günstigere Mietpreise zu ermöglichen. Auf ökologische Standards oberhalb der gesetzlichen Vorschriften soll verzichtet werden, damit diese Standards nicht zu Lasten sozial verträglicher Mieten gehen. Die Verwaltung möge bitte darlegen, ob für eine zügige und unbürokratische Umsetzung des Konzepts genügend städtisches Personal vorhanden ist. Zum Vergleich: Hamburg hat zur Umsetzung seines Wohnungsbaukonzepts 24 neue Stellen eingerichtet. Ein weiterer Antrag der Linken für eine Anhörung betroffener Akteure und Interessengruppen sowie einen begleitenden Runden Tisch während der Umsetzung des Wohnkonzepts wurde von Rot-Grün im Bauausschuss leider abgelehnt. [www.linksfraktion-hannover.de](http://www.linksfraktion-hannover.de)

**Kommunalwirtschaftliche Strukturen beim Wasser und ehrenamtliche Strukturen beim Rettungsdienst haben Bestand:** BERLIN. Die kommunalen Spitzenverbände und der VKU begrüßen ausdrücklich das heutige Ergebnis der Trilogieverhandlungen zur Konzessionsrichtlinie und Vergaberechtsreform. Die Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände und des VKU wiesen darauf hin, dass die Herausnahme des Wassers aus dem Anwendungsbereich der Konzessionsrichtlinie einer zentralen Forderung der kommunalen Verbände entspricht, die in den vergangenen Monaten immer wieder in den Gesprächen mit Kommission, Parlament und Bundesregierung erhoben worden war. „Es ist gut, dass jetzt weiterhin dort über die Wasserversorgung für die Bürger entschieden werden kann, wo die Bürger selbst Einfluss auf diese Entscheidung haben: in ihrer Kommune. Europa muss in dieses gut funktionierende kommunale Modell nicht eingreifen. Die Vielfalt der Organisationsmodelle der Wasserversorgung

in den Mitgliedstaaten der EU kann fortbestehen“, erklärten die Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände, Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly (Deutscher Städtetag), Landrat Hans Jörg Duppré (Deutscher Landkreistag), Oberbürgermeister Christian Schramm (Deutscher Städte- und Gemeindebund) und VKU-Präsident Ivo Gönner, Oberbürgermeister von Ulm. „Ebenfalls ist es gut, dass Kommission, Parlament und Rat die Bedeutung des Rettungsdienstes als Bestandteil des Zivil- und Katastrophenschutzes anerkannt haben und Landkreise und Städte die Notfallrettung direkt den Hilfsorganisationen wie dem Deutschen Roten Kreuz und anderen gemeinnützigen Organisationen übertragen können. Mit den zusätzlichen ehrenamtlichen Strukturen dieser Organisationen wird ein effizienter und aufwuchsfähiger Zivil- und Katastrophenschutz auch in ländlichen Gebieten jederzeit sichergestellt sein.“ Die kommunalen Spitzenverbände und der VKU sind angesichts der jetzigen Entscheidung zudem erfreut, dass es im Verlauf der Kontroverse gelungen war, die Bundesregierung doch noch in später Einsicht zur Unterstützung der Verbändedeposition zu bewegen. Die intensiven Verhandlungen zwischen Mitgliedstaaten, Europaparlament und EU-Kommission zur Konzessionsrichtlinie in den letzten Monaten zeigten deutlich, dass die kommunalwirtschaftlich ausgestaltete Wasserversorgung in Deutschland nicht mit den Organisationsmodellen in den anderen Mitgliedstaaten in ein gemeinsames europäisches Binnenmarktkorsett gezwungen werden kann. Der Rettungsdienst in Deutschland ist durch das starke Ehrenamt geprägt und damit ebenso eine Besonderheit, die es im europäischen Binnenmarkt aufrechtzuerhalten gilt. Einheitliche Organisationsmodelle aus Brüssel passen nicht überall.

[www.staedtetag.de](http://www.staedtetag.de)

(Zusammenstellung: ulj)

Kommunale Politik

# Transnationale Unternehmensvereinbarungen

## – ein Aspekt im Umbruch der Arbeitsbeziehungen

Der folgende Beitrag ist ein weiterer Bericht von der am 27./28. April stattgefundenen Tagung zu Themen gewerkschaftlicher Arbeitspolitik im Bildungszentrum Sprockhövel und beschäftigt sich mit dem Themenkomplex Strukturwandel in den Arbeitsbeziehungen, enger mit dem Problem der Repräsentation durch Person und Vertrag. Nachdem in einer Reihe von multinationalen Unternehmen Internationale Rahmenvereinbarungen, vor allem mit dem Ziel der Umsetzung von ILO-Konventionen, meist auf Initiative der zuständigen Gewerkschaften verabschiedet wurden, werden nun immer mehr Vereinbarungen auf europäischer Ebene bzw. von Europäischen Betriebsräten verabschiedet.

### Globale Ökonomie und Arbeitsstandards

Die Zunahme weltweit verknüpfter ökonomischer Aktivität von immer mehr Unternehmen, die in den letzten Jahrzehnten enorme Ausmaße erlangt hat, wirkt direkt auf die tradierten Institutionen der industriellen Arbeitsbeziehungen. Die Unternehmen sind nicht nur an weltweit einheitlichen Produktstandards interessiert, sondern in der Folge und zu deren Umsetzung auch an einheitlichen Verfahren und Prozessen. Dies führt zu Angleichungen bei den Qualifikationen, den Normen, aber auch an betrieblichen Verfahren z. B. bei der Unfallverhütung. Existieren im Stammland beispielsweise eine Sicherheitsfachkraft und ein Arbeitsschutzausschuss als zentrale Einrichtungen für den betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz, kann deren Fehlen in anderen Ländern die Arbeitsschutzorganisation des Unternehmens deutlich behindern. Das Bedürfnis der Unternehmen, ein weltweit einheitliches Bild abzugeben, resultiert z. B. in Ethik-Papieren oder in einer einheitlichen Gleichstellungspolitik. Verstöße,<sup>1</sup> wie der des Unternehmens Ikea, dass Gleichbehandlungsprinzipien zwar vereinbart, in Frankreich aber Schwarze bei Einstellungen diskriminiert hatte, werden öffentlich, wirken rufschädigend und eventuell auf den Umsatz.

Die Tendenz weltweit einheitliche Unternehmensstandards zu deren Steuerung zu etablieren, bietet für die Beschäftigten die Chance, echte Verbesserungen in den Arbeitsbedingungen und der Kommunikation zwischen den Standorten zu erreichen. Auf der anderen Seite birgt sie aber auch die Gefahr, als Verhandlungsebene eine Konkurrenz zur Ebene der Kollektivvertragsverhandlungen auf Branchenebene aufzubauen. Sind die Unterzeichner der Arbeitnehmerseite bei Internationalen Rahmenvereinbarungen regelmäßig die

Internationalen Gewerkschaftsbünde, hat sich auf der in Europa mit der Einrichtung der europäischen Betriebsräte eine tendenziell konkurrierende Ebene etabliert.

### Der Europäische Rahmen

Mit dem Vertrag von Maastricht wurde das Protokoll zur Sozialpolitik als Kapitel XI in die Verträge aufgenommen (siehe unten). Im Folgenden wurden mindestens drei Bereiche der Sozialpolitik ausgebaut, jeweils mit beachtlichen positiven Auswirkungen in den meisten Mitgliedsstaaten, auch in der Bundesrepublik. Dies sind der betriebliche Arbeits- und Gesundheitsschutz, die Gleichstellungspolitik und die Arbeitnehmerbeteiligung. Gleichzeitig wurde mit der Aufnahme des Kapitels zur Sozialpolitik aber auch den Sozialpartnern eine prominente Rolle auf zwei Ebenen eingeräumt.

Dies ist zum einen ihre direkte Einflussnahme bei der europäischen Rechtsetzung. Im Rahmen der vorgeschriebenen Konsultationen der Sozialpartner zu wesentlichen Gegenständen des Kapitels Sozialpolitik können diese der Kommission mitteilen, dass sie in Verhandlungen über den anvisierten Rechtsvorschlag der Kommission eintreten wollen. Kommen diese Verhandlungen zu einem Ergebnis, kann dieses entweder auf Basis der jeweiligen nationalen Verfahren oder „auf gemeinsamen Antrag der Unterzeichnerparteien durch einen Beschluss des Rates auf Vorschlag der Kommission“ (Artikel 155) umgesetzt werden. Die Sozialpartnervereinbarung wird Gesetz. Das Parlament wird dann lediglich informiert.<sup>2</sup>

### Rechtsetzungsbereiche im Bereich der Sozialpolitik (Auszug Artikel 153):

a) Verbesserung insbesondere der Arbeitsumwelt zum Schutz der Gesundheit und der Sicherheit der Arbeitnehmer, b) Arbeitsbedingungen, c) soziale Sicherheit und sozialer Schutz der Arbeitnehmer, d) Schutz der Arbeitnehmer bei Beendigung des Arbeitsvertrags, e) Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer, f) Vertretung und kollektive Wahrnehmung der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen, einschließlich der Mitbestimmung, vorbehaltlich des Absatzes 5, g) Beschäftigungsbedingungen der Staatsangehörigen dritter Länder, die sich rechtmäßig im Gebiet der Gemeinschaft aufhalten, h) berufliche Eingliederung der aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzten Personen, i) Chancengleichheit von Männern und Frauen auf dem Arbeitsmarkt und Gleichbehandlung am Arbeitsplatz, j) Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung, k) Mo-

Auf der anderen Seite ist die Rolle der Betriebsparteien ausgebaut worden. Am prominentesten ist hier die Richtlinie zur Einrichtung von Europäischen Betriebsräten. Ähnliche Richtlinien zur Information und Konsultation der Beschäftigten existieren mittlerweile für alle Betriebsgrößen und Unternehmensformen, oder sind, wie beim Arbeits- und Gesundheitsschutz, über einfache Gesetze etabliert. In all diesen Richtlinien sind zwar keine Durchsetzungsrechte für die Beschäftigten oder ihre Vertreter formuliert, sie eröffnen dennoch ein Feld für vertragliche Beziehungen.

### Wirkungen

Entsprechend hat sich in den letzten Jahren eine Praxis entfaltet, in der immer mehr Gegenstände der Arbeitsbeziehungen in Unternehmensvereinbarungen behandelt werden. Im September letzten Jahres hat die Kommission dann ein Arbeitspapier (Commission Staff Working Document)<sup>3</sup> mit dem Titel „Transnationale Unternehmensvereinbarungen: die Potentiale des sozialen Dialoges nutzen“ veröffentlicht. Darin werden die folgenden Daten präsentiert. In 144 Unternehmen sind insgesamt 224 Vereinbarungen unterzeichnet worden. 2008 war die Zahl der Unternehmen noch mit 89 beziffert und die der Vereinbarungen mit 147.<sup>4</sup> Die Themenpalette umfasst heute unter anderem den Arbeits- und Gesundheitsschutz, Umstrukturierungen, Berufsbildung, Ethik- und Sozialcharten, Chancengleichheit und weitere Gegenstandsbereiche.<sup>5</sup>

Damit ist ein weiterer Bereich von Gegenständen erfasst, der teils in die materiellen Geltungsbereiche der Ta-

dernisierung der Systeme des sozialen Schutzes,

### (2) Zu diesem Zweck kann der Rat

a) unter Ausschluss jeglicher Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten Maßnahmen annehmen, die dazu bestimmt sind, die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten durch Initiativen zu fördern, die die Verbesserung des Wissensstandes, die Entwicklung des Austausches von Informationen und bewährten Verfahren, die Förderung innovativer Ansätze und die Bewertung von Erfahrungen zum Ziel haben; b) in den in Absatz 1 Buchstaben a) bis i) genannten Bereichen unter Berücksichtigung der in den einzelnen Mitgliedstaaten bestehenden Bedingungen und technischen Regelungen durch Richtlinien Mindestvorschriften erlassen, die schrittweise anzuwenden sind.

rifverträge greift. Zwar sind die gesetzlichen Grundlagen der europäischen Betriebsräte abhängig von den nationalen Grundlagen des Koalitionsrechts und der Gewerkschaftsrechte, und damit sind in manchen Ländern die Gewerkschaften direkt in den europäischen Betriebsräten vertreten. Gleichwohl findet im Wesentlichen eine Verlagerung auf die betriebliche Ebene und damit wesentlich zu den Betriebsräten hin statt. In einigen Ländern haben die EBRs ein direktes Verhandlungsmandat.<sup>6</sup>

2008 (Dokument Fn. 4) wurde zur Rolle der transnationalen Unternehmensvereinbarungen noch folgende Definition vorgenommen: „... eine Vereinbarung über gegenseitige Verpflichtungen, die sich auf mehrere Staaten bezieht und von einem oder mehreren Unternehmensvertretern und von einer oder mehreren Gewerkschaften andererseits abgeschlossen worden ist und sich auf Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen und/ oder die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern oder deren Vertretern bezieht.“

In dem im September letzten Jahre vorgelegten Dokument wird nun lediglich noch von Arbeitnehmervertretern gesprochen. Die ausdrückliche Erwähnung der Gewerkschaften ist entfallen. Die Kommission legt den Fokus auf die betriebliche Ebene als diejenige, die den Wandel eines dynamischen ökonomischen Umfeldes arrangieren kann und soll.

Dies passt sich in eine Politik ein, die die Kommission in den letzten Jahren unter dem Titel Subsidiarität entwickelt hat und die in ihrer Austeritätspolitik zementiert wurde. Auf die krisenhaften Entwicklungen in der Finanzwelt und in weiten Teilen der Wirtschaftstätigkeit wird (auch) mit Eingriffen in die Lohnstandards und direkt in die Tarifverträge reagiert. In der Folge dieser Politik und der Vorgaben der Kommission wurden in einer Reihe von Ländern auch Novellierungen der Arbeitsgesetzgebung vorgenommen, die regelmäßig die Kompetenzen der betrieblichen Ebene zum Abschluss von Vereinbarungen/ Tarifvereinbarungen gestärkt haben. Das Prinzip der Subsidiarität paart sich hier mit dem politischen Programm der Deregulierung.

Das genannte Arbeitspapier der Kommission leitete auch eine Konsultation ein, mit der geklärt werden sollte, inwieweit ein Rechtsrahmen für die Verhandlung und den Abschluss von transnationalen Vereinbarungen als nötig erachtet wird. Unisono gehen die europäischen Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften bisher davon aus, dass ein solcher Rechtsrahmen fakultativen Charakter haben soll. Die Kommission selbst formuliert in dem Papier, dass es bisher keine Notwendigkeit gebe, hier einen verpflichtenden Rechts-

rahmen zu setzen. Die Formulierung ist so gewählt, dass sich dies auch jederzeit ändern kann.

Bisher haben die europäischen Branchengewerkschaften mit internen Leitlinien versucht, den betrieblichen Verhandlungen einen prozessualen Rahmen zu geben, vor allem auch mit dem Ziel zu verhindern, dass die Arbeitnehmervertreter in den Betrieben unabhängig von den Gewerkschaften zu agieren.

### Problemstellungen und Perspektiven

Das tradierte gewerkschaftliche Organisationsverständnis ist mit Schwierigkeiten unterschiedlicher Qualität konfrontiert. Die subjektive Fähigkeit, Tarifverträge auf Branchenebene abzuschließen, erodiert in vielen europäischen Ländern. Oftmals sind die Gewerkschaften (insbesondere) in der Privatwirtschaft nicht mehr in der Lage Tarifverträge durchzusetzen. Sie haben dort ihre strukturierende Kraft verloren.

Die Lage in England, wo jeder einzelne Betrieb einen abgeschlossenen Tarifvertrag übernehmen muss, damit er Wirkung entfaltet, ist der eine Pol. An diesem Pol sind dem Flächentarifvertrag die Rechtsgrundlagen abhandengekommen. Teils sind aber auch die Mitglieder abhandengekommen, nicht nur in den mittel- und osteuropäischen Ländern. Der nächste Aspekt ist die schwungvolle Unterminierung bestehender Tarifverträge durch die diversen Beschäftigungsformen außerhalb des Normalarbeitsverhältnisses. Vor allem Branchen wie der Bau oder alle Bereiche der Saisonarbeit haben (mit unterschiedlichen Ausformungen in den verschiedenen Ländern) mittlerweile große Anteile von Schwarzarbeit, unsteter Beschäftigung, Leiharbeit, Scheinselbständige bis hin zu neuen Formen der Sklavenarbeit. Diese Beschäftigten in klassische Formen der Tarifaufeinanderersetzung zu integrieren ist schier aussichtslos.

Jegliche Form der gewerkschaftlichen Tarifkoordinierung auf europäischer Ebene ist bisher kaum über den mehr oder weniger geordneten Austausch von Informationen hinausgekommen. Zum einen betrachten die nationalen Mitgliedsverbände der Europäischen Gewerkschaften ihre Tarifverträge als wesentliche Existenzberechtigung. Jegliche Abgabe von Kompetenz an die

**In einem von IG Metall und der Bildungsvereinigung Arbeit und Leben koordinierten und kürzlich abgeschlossenen EU-Projekt wurde die Umsetzung und Einhaltung der Internationalen Rahmenvereinbarungen von fünf Betrieben aus der Holzverarbeitung (Pfleiderer, Wilkhahn, Schwan-Stabilo und Staedtler) untersucht. Neben den üblichen Schwierigkeiten eines verlässlichen Monitorings wurden dabei aber auch eine ganze Reihe echter Verbesserungen bei den Beschäftigungsbedingungen dokumentiert. Außerdem: eine gute Gelegenheit für Kooperation über Betriebsgrenzen und Ländergrenzen hinweg.**  
Bildquelle: Bert Römer, IG Metall

Europäische Ebene würde die eigene Funktion in Frage stellen. Der andere Pol in diesem Komplex ist die Funktion der Tarife als Standortfaktor. Ähnlich wie bei der Arbeitszeitdiskussion in den bundesdeutschen Gewerkschaften, wo in manchen Teilen noch munter von der 35-Stunden-Woche oder gar der Notwendigkeit weiterer Arbeitszeitverkürzung gesprochen wird, aber der Vorhang zur betrieblichen Realität (Arbeitszeit als Verhandlungselement in der Standortkonkurrenz) nicht aufgemacht wird, ist auch in den europäischen Gewerkschaften eine realistische Bestandsaufnahme nicht aussichtsreich.

Die weiter oben beschriebenen Momente einer Verbetrieblung aufgrund der EBR-Strukturen haben weitere Gründe. Praktisch greift das klassische Organisationsverständnis der Gewerkschaften nicht mehr durch. Die Ressourcen der Gewerkschaften reichen nicht einmal dazu, alle Gremien in der klassischen Weise zu betreuen, geschweige denn zu „orientieren“. Die betrieblichen Interessenvertretungen sind einfach gezwungen, eigenständig zu agieren. Diese Tendenz wird von der europäischen Kommission durch eine eigene Budgetlinie für Projekte in multinationalen Konzernen politisch gefördert.

Die klassische Form der Repräsentation ist aber auch auf einer zweiten Ebene in die Krise geraten. In den komplexen Strukturen der heutigen Unternehmen blicken die Gewerkschaftsvertreter einfach nicht mehr in allen Fragen durch. Und auch die Ausdifferenzierung der Beschäftigtenkörper, das Verschwinden der Uniformität großer Belegschaftskollektive, führt dazu, dass eine Person nicht mehr (so dies jemals funktionierte) „die Belegschaft“ repräsentieren kann. Auch in den Arbeitsprozessen selbst (und im sozialen Leben) finden sich zu viele Momente, die es nicht erlauben, die Leute in irgendeiner Form als Mündel zu behandeln. Es scheint, dass die meisten Gewerkschaften noch kaum eine Relativierung ihrer Rolle vorgenommen haben, eine Fokussierung auf das Fachgeschäft des Arbeitsvertrages und der Verteilung an der Quelle.

Auf der anderen Seite gibt es aber auch strukturelle Probleme in den BRs, die Verhandlungen mit den Unternehmensleitungen erschweren. Die Standortkon-



kurrenz innerhalb eines Unternehmens und zwischen den Unternehmen einer Branche führen auch zum Unterlaufen von vereinbarten Standards aller Art. Hinzu kommt, dass die Gremien kaum in der Lage sind nötige Abstimmungen für Inhalt, Verhandlungen aber auch Aktionen vorzunehmen. Schon die Alltagskommunikation in den Gremien der Europäischen Betriebsräte klappt in den wenigsten Fällen. Hinzu kommt in vielen Gremien ein schneller Wechsel der Delegierten, die Gremien können oft kaum den Umstrukturierungen des Unternehmens folgen.

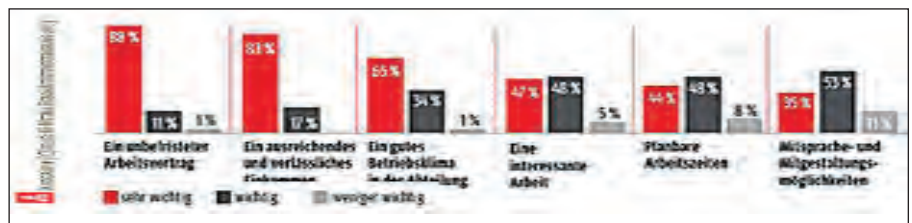
In ihrem 2009 veröffentlichten Papier nennt die Kommission die Zahl von zehn Millionen Arbeitnehmern, die mittlerweile durch transnationale Vereinbarungen abgedeckt sind. Die Zahl wächst und daher bietet sich schon die Perspektive, Arbeitsstandards mittels dieses Instrumentes zu regulieren, unter direkter Beteiligung der betrieblichen Akteure. Das Austarieren der Beziehung von Organisation und Mitglied ist wohl eine der Voraussetzungen für das gewerkschaftliche Überleben für Erfolge in diese Richtung. Was die europäischen Gewerkschaften (als Versammlung der

nationalen Mitgliedsverbände) in diesem Zusammenhang leisten können, ist eine wichtige Koordinationsfunktion. Vor allem die Organisation von Branchentreffen und Hilfe bei der grenzüberschreitenden Kooperation könnten die Begegnung der Akteure und die Verständigung über Gegenstände der transnationalen Vereinbarungen erleichtern. Insbesondere die Ermöglichung von Branchentreffen würde auch erlauben, die wirtschaftliche Entwicklung der jeweiligen Branche als europäisch zu bearbeitendes Thema zu öffnen – bisher weitgehend eine Leerstelle.

Rolf Gehring

1 Siehe auch den Artikel in Politisch Berichte 5/2013 zum „Blacklisting“ von großen Bauunternehmen, die Internationale Rahmenvereinbarungen unterzeichnet hatten. 2 Diese Abkommen können auf zentraler Ebene oder auch auf sektoraler Ebene abgeschlossen werden. Der EGB hat mit den entsprechenden Arbeitgeberverbänden bisher drei Vereinbarungen getroffen, die folgend in Europäische Richtlinien umgewandelt wurden: Eine zu Elternzeit (Richtlinie 96/34/EU) eine zu Teilzeitarbeit (97/81/EU) und eine weitere zu Befristeten Beschäftigungsverhältnissen (99/70/EU). 3 SWD(2012) 264 final: Commission Staff Working Document – Transnational company agreements: realising the potential of social dialogue. 4 Dokument SEC(2008)2155 – <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:52008SC2155:EN:NOT> 5 Eine komplette Übersicht mit Informationen zu: Firma, Datum der Verabschiedung und Inhalt ist unter folgender Adresse zu finden: <http://ec.europa.eu/social/TCA>. 6 Zwar gibt es nur in wenigen Ländern Mitbestimmungsrechte, wie sie in §87 des Betriebsverfassungsgesetzes festgelegt sind, aber in vielen Ländern finden sich doch ähnliche Verfahren, die es den Interessenvertretungen erlauben, zu bestimmten Gegenständen (meist soziale Angelegenheiten) Verhandlungen zu führen und diese auch bis zu Mediationsverfahren oder vor Schiedsgerichte zu treiben.

## Dokumentiert: Die IG Metall hat die Beschäftigten gefragt, was sie von der Politik erwarten



Die IG Metall hat die größte Beschäftigtenbefragung in Deutschland durchgeführt. Mehr als eine halbe Million Menschen machten mit. Sie fordern einen politischen Kurswechsel, eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt sowie faire, sichere Arbeit. Und: Sie wollen mehr beteiligt werden in betrieblichen aber auch in politischen Prozessen ...

88 Prozent der Befragten bezeichnen einen unbefristeten Arbeitsvertrag als „sehr wichtig“, 83 Prozent halten ein ausreichendes und verlässliches Einkommen für „sehr wichtig“. Prekäre Beschäftigung wird strikt abgelehnt. Über 90 Prozent der Befragten fordern, dass der Niedriglohnsektor eingedämmt wird. Und 63 Prozent halten das für „sehr wichtig“. „Das heißt das konkret: Die Politik muss Leiharbeit und Werkverträge regulieren, grundsätzlich muss gelten „gleiche Arbeit – gleiches Geld“, betonte Huber.

### Eindeutige Positionen der Politiker erwartet

Huber deutet die Ergebnisse: „Die Beschäftigten erwarten von den Parteien eindeutige Positionen.“ Die Positionen der IG Metall beim Thema prekäre Beschäftigung hingegen sind klar:

- die Wiedereinführung des Synchronisationsverbots bei der Leiharbeit
- und die Begrenzung der Verleihdauer.

Bei Werkverträgen fordert die IG Metall

- eine klare Abgrenzung zwischen Arbeitnehmerüberlassung und Werkvertrag,

- die gesetzliche Festlegung von Vermutungsregelungen

- und damit Werkverträge nicht missbraucht werden, muss der Betriebsrat umfassende Informations- und Mitbestimmungsrechte erhalten.

### Ergebnisse im Detail: Die Beschäftigten fordern gute Arbeit

88 Prozent bezeichnen einen unbefristeten Arbeitsvertrag als „sehr wichtig“, 83 Prozent halten ein ausreichendes und verlässliches Einkommen für „sehr wichtig“. Ein gutes Betriebsklima ist für 99 Prozent der Befragten ein „sehr wichtiges“ oder „wichtiges Thema“.

### Ergebnisse im Detail: Beschäftigte fordern einen starken Sozialstaat

Nahezu alle Befragten (97 Prozent) fordern von der Politik einen handlungsfähigen und starken Sozialstaat. Faire Leistungen bei Rente, Gesundheit, Pflege und Arbeitslosigkeit sind wesentliche Grundvoraussetzungen. Der Staat muss auch dafür sorgen, dass Beschäftigte Arbeit und Leben miteinander vereinbaren können. Flexibilität geht für die Beschäftigten dann in Ordnung, wenn sie verbindlich und tarifpolitisch geregelt ist. Über 90 Prozent wollen nicht, dass ihr Privatleben zu stark beeinträchtigt wird. Die Beschäftigten erwarten, dass ihre Bedürfnisse gleichberechtigt neben denen der Unternehmen stehen. Dafür brauchen wir gute Betriebsvereinbarungen, die zum Beispiel Zeitausgleich und finanzielle Vergütung ermöglichen. Das geht nur mit einer starken Mitbestimmung.

### Ergebnisse im Detail: Beschäftigte wollen faire Altersübergänge

Zu sicherer und fairer Arbeit gehört auch, dass ein fairer Ausstieg aus dem Arbeitsleben möglich ist. Nur ein Drittel der Beschäftigten sieht sich aber in der Lage, die derzeitige Arbeit bis zum gesetzlichen Renteneintrittsalter durchzuhalten. Ganze fünf Prozent glauben, von der gesetzlichen Rente gut leben zu können. Sie wollen je nach beruflicher Situation flexibel aussteigen und trotzdem abschlagsfrei in Rente gehen ...

### Ergebnisse im Detail: Beschäftigte wollen gerechte Bildungschancen

Die Mehrheit der Befragten (70 Prozent) sieht Weiterbildung als wesentlichen Faktor in der beruflichen Entwicklung an. Gleichzeitig werden aber nicht mal 50 Prozent der Beschäftigten ausreichende Weiterbildungsmöglichkeiten im Betrieb angeboten. Zusammen mit den Beschäftigten fordert die IG Metall,

- dass die Unternehmen ihre Investitionsquote in Weiterbildung signifikant erhöhen

- und der Gesetzgeber für ein durchlässiges Bildungssystem sorgt.

Besonders die Antworten der jungen Menschen belegen, dass die Frage nach der Zukunft der Arbeit zentral ist: Nur knapp über 50 Prozent der Befragten zwischen 15 und 24 Jahren haben überhaupt jemals einen unbefristeten Arbeitsvertrag gehabt. Das darf sich nicht über ihr gesamtes Leben hinweg so fortsetzen ... ➔

## Ergebnisse im Detail: Beschäftigten wollen mehr Beteiligung

„Mehr als eine halbe Million Beschäftigte aus mehr als 8400 Betrieben haben uns Aufschluss darüber gegeben, welchen Stellenwert Arbeit in ihrem Leben wirklich hat, und was sie von den Arbeitgebern und der Politik erwarten“, betonte der Zweite Vorsitzende der IG Metall, Detlef Wetzel. „Das Signal ist eindeutig: Deutschlands Beschäftigte sind es leid, dass an ihnen

vorbeigeregelt wird.“

Die Befragung zeigt, sie wollen gefragt werden, mitmachen, beteiligt werden. 35 Prozent der Befragten sind Mitsprache- und Mitgestaltungsmöglichkeiten ein „sehr wichtiges“ Thema, für 53 Prozent ein „wichtiges Thema“. Damit ist für 89 Prozent der Beschäftigten Beteiligung ein sehr wichtiges oder wichtiges Thema. Wetzel: „Unser Konzept der Beteiligungsorientierung greift das auf.“

<http://www.igmetall.de/cps/rde/xchg/internet/style.xsl/beschaeftigtenbefragung-2013-11961.htm>

## Gewerkschaft NGG: „Die Aufmerksamkeit ist überfällig!“

HAMBURG. Endlich wird in den Medien ausführlich und prominent über die Situation in der deutschen Fleischindustrie berichtet. Insbesondere in der Schlachtindustrie herrschen teils unhaltbare Zustände, die von NGG seit Jahren angeprangert werden. Claus-Harald Güster, stellvertretender Vorsitzender der NGG, freut sich über die „längst überfällige“ gestiegene öffentliche Aufmerksamkeit, sie gelte es jetzt zu nutzen:

„Wir machen seit Jahren immer wieder auf die wachsenden Probleme in der Fleischbranche aufmerksam. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die über Subunternehmen per Werkvertrag in den deutschen Schlachthöfen arbeiten, werden von Kriminellen gnadenlos ausgebeutet. Hungerlöhne von drei bis sechs Euro sind da eher Regel als Ausnahme. Mit solchen Löhnen können redliche Arbeitgeber nicht mithalten, sie verschwinden vom Markt ...

Die Politik muss endlich handeln. Uns als Gewerkschaft fällt es schwer, in diesem undurchsichtigen System und angesichts der kriminellen Energie einiger der handelnden Personen grundlegende

Veränderungen zu erreichen. Die zu einem großen Teil aus dem Ausland stammenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind eingeschüchtert und haben große Angst, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Sie werden an wechselnden Standorten eingesetzt, sind ständig auf Abruf und leben aus dem Koffer. Die Politik muss Regelungen schaffen, die diese Form der ‚modernen Sklaverei‘ beenden.

Gefordert ist aber nicht nur die Politik, auch und gerade die Unternehmen stehen in der Pflicht. Sie müssen endlich prekäre Arbeit in ‚Gute Arbeit‘ verwandeln, das heißt zum Beispiel wieder Tariflöhne und keine Hungerlöhne zu zahlen. Die Branche aus der öffentlichen Kritik zu nehmen und so auch die Zukunft der Branche zu schützen, ist wahrlich kein Zauberwerk.

Die größten Arbeitgeber der Fleischindustrie, also Tönnies, Vion, Danish Crown und Co. sind gefordert und in der Lage, mit gutem Beispiel voranzugehen. Die Menschen wären bereit, einige Cent mehr pro Kilogramm Fleisch auszugeben, wenn sie sicher sein können, dass bei der Herstellung alles ordentlich zugegangen ist ...“

[www.ngg.net](http://www.ngg.net)

## Zeitarbeitsbranche distanziert sich von „schwarzen Schafen“.

BAP-Pressemitteilungen. Fr., 19.4.13. I. Hoffmann, Vizepräsidentin des Bundesverbandes für Personaldienstleistungen: „... Auch, wenn man uns glauben lassen möchte, dass Deutschlandscheinbar ein Volk aus Zeitarbeitskräften ist, die Tatsachen sind andere. Wir bewegen uns im Rahmen zwischen zwei und 2,5 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse. ... Schlecker, Amazon, das sind keine Themen der Zeitarbeit, das sind Themen von Unternehmen, deren Verhalten in Deutschland per se umstritten ist.“ Es sei unfair, diese Themen immer auf die Zeitarbeit zu münzen.

## Arbeitgeberverband lobt IG Metall-Forderungskatalogs zur Energiepolitik.

FAZ, Fr., 14.6.13. 200 000 Stellen, mahnte die Gewerkschaft, stünden auf dem Spiel, wenn die Energiewende nicht besser gemanagt werde. „Zwar weist die IG Metall zu Recht darauf hin, dass die Energiewende gravierende Folgen für die Beschäftigung und Investitionen in unserem Land hat, entscheidend ist aber die Entwicklung des Energiepreises.“ Blieben die Stromkosten im internationalen Vergleich weiter so hoch, oder stiegen sie weiter, dann werde das den Industriestandort Deutschland nachhaltig schädigen.

## Europäische Autoindustrie fürchtet Chinas Rache.

FAZ, Sa., 8.6.2013. Der Verband der Europäischen Autoindustrie (Acea) befürchtet, dass ab September vorläufige Strafzölle auf Autos mit einem Hubraum von mehr als zwei Litern von China erhoben werden könnten. Stark betroffen wären Audi, BMW und Mercedes. Im vergangenen Jahr exportierte die deutsche Autoindustrie nach Angaben des Branchenverband VDA gut 285 000 Neuwagen nach China, etwa 1 % weniger als im Vorjahr. Der Export nimmt an Bedeutung ab, da deutsche Hersteller vor Ort mehr produzieren. Chinesische Strafzölle wären als Reaktion auf vergleichbare Maßnahmen in Europa zu deuten: die EU hatte Strafzölle auf chinesische Solarmodule verhängt.

## DIHK warnt vor amerikanischen Verhältnissen bei Schadensersatzklagen.

FAZ, Mi., 12.6.13. Die EU-Kommission schlägt vor, dass die EU-Staaten kollektive Schadensersatz- und Unterlassungsklagen nach Verstößen gegen das Wettbewerbs-, Umwelt- oder Verbraucherrecht auf nationaler Ebene einführen. Auch wenn die Kommission es nicht anstrebe, könne es doch zur Einführung von Sammelklagen nach amerikanischem Vorbild führen, so der Chefjustiziar des DIHK, S. Wernicke. In den USA kann der Schadensersatz über den tatsächlichen Schaden hinausgehen.

Zusammenstellung: rst

## Verdi: Jetzt mehrtägige Streiks bei Amazon

In der Auseinandersetzung um einen Tarifvertrag beim Internet-Versandhändler Amazon macht Verdi weiter Druck. Nach mehreren Warnstreiks und ganztägigen Streiks ruft Verdi in den Standorten Leipzig und Bad Hersfeld beginnend mit der Frühschicht am Montag zu einem zweitägigen Streik auf. „Die Kolleginnen und Kollegen werden langsam richtig sauer über das Verhalten der Geschäftsführung von Amazon, sich keinen Millimeter in der Frage Tarifbindung zu bewegen“, sagt Verdi-Verhandlungsführer Jörg Lauenroth-Mago für Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Die Auseinandersetzung um einen Tarifvertrag bei Amazon findet bundesweit Beachtung ... Amazon als größter Online-Versandhändler setzt bei den Arbeitsbedingungen Maßstäbe. An keinem der deutschen

Standorte gibt es eine Tarifbindung. Das Unternehmen zahlt nach einem firmeneigenen Vergütungssystem, das deutlich unter den Tarifen des Einzel- und Versandhandels liegt. Jörg Lauenroth Mago: „Verdi lehnt es ab, dass Amazon dadurch Wettbewerbsvorteile genießt, dass es sich keiner Tarifbindung unterwerfen will. Damit verschafft sich der Versandhändler auch Vorteile bei den Kosten gegenüber den Versandhandelsunternehmen wie zum Beispiel Otto, Schwab oder Hessnatur, bei denen die Einzel- und Versandhandelstarifverträge angewendet werden. „Jetzt wird es endlich Zeit, dass Amazon einlenkt ...“, sagt Bernhard Schiederig, Verhandlungsführer für Verdi Hessen. Amazon lehnt es bis jetzt ab, Tarifverhandlungen aufzunehmen. [www.verdi.de/themen/geld-tarif/amazon](http://www.verdi.de/themen/geld-tarif/amazon)

# Wenn immer mehr Särge kommen: Trauerrituale für die „Gefallenen“ der Bundeswehr

Immer mehr Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr kehren im Sarg oder als menschliches Wrack von ihren Auslandseinsätzen zurück. Auch wenn sie sich freiwillig dorthin gemeldet haben, geraten sie zunehmend in den Widerspruch zwischen befohlenen militärischen Aufgaben und ihrem ganz persönlichen existentiellen Risiko, dem eigenen Tod.

In der Öffentlichkeit ist Afghanistan beim besten Willen nicht mehr als Verteidigungskrieg zu vermitteln. Die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an diesem Krieg ist von imperialistischen Interessen getriebene Politik, es geht um globale Strategien und um Rohstoffe. Die politisch herrschende Klasse der Bundesrepublik gerät vermehrt unter Rechtfertigungsdruck und versucht, darauf zu reagieren. Sie setzt dabei auf zivilreligiöse Rituale, die sich an tief im kollektiven Unterbewußten der Gesellschaft verankerte Empfindungen richten. Angesichts ständig wachsender Zahlen toter deutscher Soldaten sollen sie das Gefühl vermitteln, dass es Sinn macht, sich für die mörderischen Auftraggeber zu opfern.

## Zivilreligion — verinnerlichte Orientierungen der Bürger

Zivilreligion ist ein System, an die kollektiv, oft unbewusst in der Gesellschaft verwurzelten Gefühle und Werte mit religiösen Mitteln heranzukommen. Der Soziologe Niklas Luhmann beschreibt mit Zivilreligion die unbezweifelten Grundlagen und Übereinstimmungen in einer ausdifferenzierten Gesellschaft. Sie sind, sagt er, „jene Elemente eines religiösen Glaubens, für die man bei allen Mitgliedern der Gesellschaft Konsens unterstellen kann“. Ihre Affinität zum religiösen System beruht darauf, daß der säkularisierte Staat Werte wie „Menschenwürde“, „Freiheit“, „Gleichheit“ oder „Gerechtigkeit“ selbst nicht hervorbringen und garantieren kann. Denn diese haben ihre Grundlage in verinnerlichten Orientierungen der Bürger, die zusammen deren Lebensführung bedingen. Besonders wenn es um den Tod geht, ist Religion bei ihrem zentralen Thema: Die prinzipiell unaufheb- bare Ungesicherheit des menschlichen Daseins. Warum geschieht gerade dies mir? Warum muss ich sterben? Warum gerade jetzt?

Die Führung der Bundeswehr reagiert seit einiger Zeit auf „durch Fremdeinwirkung getötete Soldaten“ mit immer großartiger inszenierten Trauerritten, die diesem zivilreligiösen Bedürfnis nachkommen soll. Was lassen sich Bundeswehr und ihre Führung dazu einfallen?

## Der neue Soldatentod

Verteidigungsminister Franz Josef Jung sprach am Ende seiner Traueransprache

für zwei in Afghanistan getötete Bundeswehrsoldaten am 24. Oktober 2008 in Zweibrücken erstmalig das entscheidenden Wort aus: „Ich verneige mich in Dankbarkeit und Anerkennung vor den Toten, die für unser Land im Einsatz für den Frieden **gefallen** sind.“

Bis zu diesem Tag waren im Auslandseinsatz zu Tode gekommene Soldatinnen und Soldaten in der offiziellen Sprachregelung stets als „getötete“ oder „ums Leben gekommene“ Bundeswehrangehörige bezeichnet worden. Mit dem Gebrauch der psychologisch und geschichtlich hoch aufgeladenen Bezeichnung „gefallen“ für den Tod eines Soldaten, stellte er die Bundeswehr ganz bewusst in die Tradition der Heldenverehrung der seit 1870 von Deutschland geführten Kriege. Weder das Soldatengesetz der BRD noch seine einschlägigen Kommentare kannten bis 2008 den Ausdruck des „gefallenen Soldaten“. Bis 2005 war die Standard-Formulierung am Sarg eines getöteten Soldaten: Sie seien in Ausübung ihres Dienstes für die Bundesrepublik Deutschland durch einen „hinterhältigen“ und verbrecherischen „Mordanschlag“ ums Leben gekommen (Struck 10.6.2003; Jung 23.5.2007) und einen Tod gestorben, „in dem man keinen Sinn sehen“ könne.

Gefallene „Helden“ hatten in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit der alten BRD ab den frühen fünfziger Jahren ganz und gar kein großes Ansehen. Dies bewirkte vor allem die „Ohne-mich-Bewegung“ gegen die Wiederbewaffnung. Man glaubt es kaum, aber sogar Franz Josef Strauß hatte 1946 gesagt, jedem, der wieder ein Gewehr anfasse, sollten die Hände abfallen. Der Ideologe der Wiederbewaffnung und Mann der „inneren Führung“ Graf Baudissin definierte in seinen öffentlichen Auftritten bis in die sechziger Jahre die Bundeswehr ganz unheroisch als „notwendiges Übel“. So sind auch die bei Auslandseinsätzen seit 1991 ums Leben gekommenen Soldaten „durch Fremdeinwirkung“, d.h. bei Kampfhandlungen oder Anschlägen, getötet worden. Inzwischen sind im Rahmen des ISAF-Einsatzes in Afghanistan 54 SoldatInnen der Bundeswehr zu Tode gekommen. Dies verlangte jetzt nach Würdigung. Ab 2008 sind sie deshalb zu „Gefallenen“ geworden.

## Verabschiedung unter Kollegen

Fester Bestandteil aller militärischen Trauerfeiern zu Ehren getöteter Bun-

deswehrsoldaten war und ist bis heute folgender Ritus: Sechs bis acht Soldaten stehen als Totenwachen am den Sarg des Getöteten. Der Sarg wird mit der Flagge der Bundesrepublik Deutschland bedeckt und mit einem Gefechtschelm versehen. Ein Foto des Soldaten — meist als Porträtaufnahme in Uniform — findet sich ebenfalls bei allen Trauerfeiern. Zum Abschluss wird das Lied „Ich hatt' einen Kameraden“ gespielt. Diese Form, mit Ausnahme des Fotos, wird in Kapitel drei der Zentralen Dienstvorschrift (ZDv) der Bundeswehr vorgeschrieben. Von großer Bedeutung ist die Wahl des Standorts für eine Trauerfeier.

Bis zum Jahr 2008 fanden diese Gedenkfeiern für getötete Angehörige der Bundeswehr am Ort ihrer Rückkehr auf deutschen Bodern, auf dem Gelände des Fliegerhorsts Wunstorf oder auf dem Flughafengelände in Köln-Wahn statt; also ausdrücklich an einem nichtöffentlichen Ort. Damit wurde der bundeswehrinterne Charakter der Trauerfeier unterstrichen. Man wollte die zivile Öffentlichkeit von einer Teilnahme an den Trauerzeremonien fernhalten. Denn die Soldatinnen und Soldaten nähmen sich selbst zwar wahr als solche, die sich für die kollektiven Werte und Interessen Deutschlands mit ihrem Leben einsetzten, wüssten aber darum, dass die deutsche Öffentlichkeit ihnen bestenfalls „ein freundliches Desinteresse“ entgegen brächte, so Bundespräsident Köhler am 10.10.2005. Deshalb habe man den Veranstaltungen den Charakter einer „Verabschiedung unter Kollegen“ gegeben.

Diese Exklusivität spiegelte sich auch in der gesamten Rhetorik der Trauerfeiern wider. In ihren Ansprachen bezogen sie sich die anwesenden Verteidigungsminister auf den Gemeinsinn der Berufsgruppe der Soldaten. Das „starke Band der Kameradschaft“, so Minister Struck am 10.6.2003, habe den Dienst der Soldaten in „gegenseitiger Treue“ geprägt. Darauf könnten sich auch die Hinterbliebenen in dieser „Stunde der Not“ verlassen. Die in den Trauerreden benutzte Sprache stellte die getöteten Soldaten dar, als ob sie als Mitarbeiter humanitärer Hilfsorganisationen ihr Leben für Menschenwürde, für Frieden und Recht eingesetzt hätten. So sprach Minister Struck von Männern, „die in Kabul ihre Gesundheit und ihr Leben für eine bessere und friedliche Zukunft des Landes eingesetzt haben“.

Nun kamen aber immer mehr Soldaten tot von ihren Einsätzen zurück. Und nichts sprach dafür, daß das besser werden könnte. Man versuchte sich dieser Si-

tuation durch eine neue Sprachregelung anzupassen. So betonte Juni 2003 Minister Struck, dass die vier in Afghanistan getöteten Soldaten nicht nur humanitär für die Menschen „vor Ort“, sondern auch „für uns alle“, „für unsere Sicherheit“ und somit letztlich „für unser Land“ gestorben seien. Mit diesen Worten nahm Struck vorweg, was er am 11. März 2004 im Bundestag so zusammenfasste: „Unsere Sicherheit wird nicht nur, aber auch am Hindukusch verteidigt“.

### Gottesdienst in der Öffentlichkeit

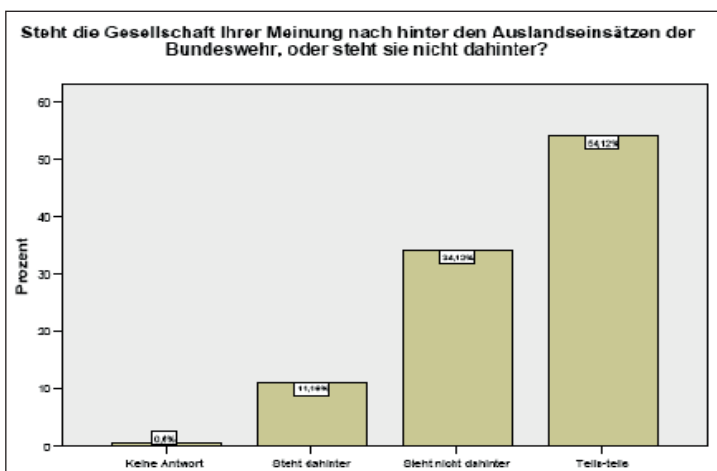
Wie veränderte sich aber seit Beginn der Auslandseinsätze die Inszenierungspraxis der Trauerfeiern der Bundeswehr? Ab August 2008 findet ein Ortswechsel statt. Nun werden die offiziellen Trauerfeiern nicht mehr versteckt in der Kaserne, sondern öffentlich in Kirchen abgehalten. Es geht jetzt nicht länger um quasi innerbetriebliche Vorgänge. Jetzt geht es um die große Öffentlichkeit und die Elemente sakraler Repräsentationskultur werden wichtig. In würdevoller Atmosphäre und vor religiöser Kulisse sind die Spitzen der deutschen Politik zugegen. Sie verfolgen die Ansprache eines Ministers, in dessen Nähe der Altar steht, brennende Kerzen leuchten und die Särge der toten Soldaten, der „Gefallenen“, aufgebahrt sind. In dieser Verbindung politischer und religiöser Symbolik verwandeln die Trauerfeiern sich jetzt zu „Trauergottesdiensten“. Die Präsenz der „Aura des Heiligen und Erhabenen“ vermischen sich mit der Feierlichkeit des militärisch-politischen Rituals.

Der Minister zu Guttenberg war da offensichtlich in seinem Element. Ausdrücklich nimmt er religiöse Wendungen und Bezüge auf und versucht dabei den betrüblichen militärischen Anlass mit dem würdevollen sakralen Rahmen zu verbinden. Mehrmals nimmt Guttenberg in seinen Reden Bezug auf den besonderen Ort: „... und so bitte ich sie alle in dieser Kirche ...“, sowie auf die besondere Zeit des Kirchenjahres: „Die Osterwoche, nach einem entsetzlichen Karfreitag, sollte Hoffnung geben.“ Er verbindet in emotionalen Worten mit der Trauer um die gefallenen Soldaten – „Ich habe am Ostersonntag die Tränen der heimkehrenden Kameraden gesehen“ – sein eigenes religiöses und politisches Bekenntnis: „Und wenn es diesen Gott unseres christlich geprägten Europas gibt, woran ich fest glaube, dann werden sie, diese tapferen Männer, bei dem Vater aufgehoben sein, dessen Sohn sein Leben gab für das Leben der Menschen auf dieser Welt.“ (24.4.2010) Guttenberg schloss seine Ansprachen, wie schon zuvor Jung und Struck, stets mit dem Wunsch, die gefallenen Soldaten mögen „in Gottes Segen geborgen“ sein.

Die Verlagerung der offiziellen Trauerfeiern vom abgegrenzten militärischen



Oben: Ab 2008 wird die Trauerfeier für SoldatInnen zu einem öffentlichen Gottesdienst.



Links: Grafik der „Strohmeierstudie“ 2007: Was denken die SoldatInnen über die Akzeptanz der Bevölkerung zu ihren Auslandseinsätzen.

Gelände in die allgemein zugänglichen Kirchen führte zu breiter öffentlicher Berichterstattung. Live-Übertragungen der Veranstaltungen im Fernsehen wurden zur Regel. Es kamen Übertragungen auf die örtlichen Marktplätze hinzu, deren Großbildleinwände an die bekannten Veranstaltungen des „public Viewing“ bei großen Sportereignissen erinnern. Sehr zur Freude der Bundeswehr.

### Die „gefallenen“ Soldaten: für jeden von uns gestorben

Mit dem äußeren Rahmen veränderte sich auch der rhetorische Umgang mit den Biografien der getöteten Soldaten. So erwähnte Struck in seiner Trauerrede vom 10. Juni 2003 nur Namen, Dienstgrad und Geburtsort der Getöteten. Sein Nachfolger Jung begann seine Ausführungen zum Leben der Soldaten mit dem Eintritt in die Bundeswehr und konzentrierte sich im Folgenden auf die bundeswehrinterne Karriere. Am 1. September 2008 fasste er das Leben eines Soldaten wie folgt zusammen: „... trat 1999 beim Fallschirmjägerbataillon 261 in Lebach in die Bundeswehr ein und wurde zum Fallschirmjäger ausgebildet. Zuletzt war er Gruppenführer im Fallschirm-

jägerbataillon 263. Seine Laufbahn war im Aufstieg. Erst vor vier Wochen hat er die Ernennungsurkunde zum Berufssoldaten entgegen genommen. Er war ein lebenslustiger und ein fröhlicher Mensch und er war ein begeisterter Soldat.“

In den Reden des Ministers zu Guttenberg werden nun dienstliche Funktion und persönliches Schicksal verbunden. Beispielhaft hierfür sind seine Ausführungen am 9. April 2010: „... wurde 1984 in Freital in Sachsen geboren. Nicht einmal 26 Jahre alt ist er geworden. Nach der Schule absolvierte er zunächst eine Berufsausbildung als Wirtschaftsassistent. 2006 ging er zur Bundeswehr – zu den Fallschirmjägern. Er war ein begeisterter Sportler, der schon als Jugendlicher im Fußball aktiv war, Kraftsport trainierte. Seine Kameraden berichten, dass er ebenso beliebt wie angesehen war. Seine Heimat blieb indes Sachsen. Hier wollte er mit seiner Freundin nach dem Einsatz, liebe Frau ..., in einer gemeinsamen Wohnung zusammenziehen.“ Es geht hier um mehr als ein innerbetriebliches Ereignis der Bundeswehr. Der Tote ist, so die Botschaft des Ministers an die deutsche Öffentlichkeit, in erster Linie „einer von Euch“ gewesen, der „für Eure Ziele, Werte und Entscheidungen“

gestorben ist. Es gipfelt in dem Satz, er habe „in Eurem Auftrag“ sein „Leben gegeben“. Daher ist es die Aufgabe aller Bürgerinnen und Bürger, seiner ehrenvoll zu gedenken. Er verdient Achtung, Respekt und Dankbarkeit.

Die hier vorgenommene symbolische Überhöhung wird auf alle Angehörigen der Bundeswehr ausgeweitet. Der „deutsche Isaf-Soldat“ und sein kriegerisches Wirken werden zu einer Figur gemacht, mit dem sich die politische Gemeinschaft identifizieren soll. Wir können beobachten, wie in den Redemanuskripten zwischen 2001 und 2011 sich die Schilderungen der Leistungen der Bundeswehrsoldaten immer stärker von deren konkreten Tätigkeiten lösen und zu allgemeinen Vorstellungen von Tugend wie Einsatzbereitschaft, Hingabe und Leidenschaft stilisiert werden: „Es braucht Männer und Frauen, die sich mit ihrer ganzen Kraft für die Würde des Menschen, für Frieden, für Freiheit und Recht einsetzen, dafür auch Risiken für sich selbst in Kauf nehmen. Diesen Auftrag erfüllen unsere Soldaten in hervorragender Art und Weise.“ (Jung am 24.10.2008)

#### Der zivilreligiöse Priester

Verteidigungsminister von Guttenberg wollte nicht mehr vorrangig als Sprecher des „Funktionssystems Bundeswehr“ oder des „politischen Entscheidungssystems“ der Bundesregierung verstanden werden. In seinen Reden tauchen vermehrt Werte wie Tapferkeit, Pflichtbewusstsein und Patriotismus auf: „Die drei Soldaten, um die wir heute so sehr trauern, haben in ihrem Eid geschworen, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen. Sie haben diesen Eid erfüllt. Sie waren tapfere, treue, wahrlich treue Soldaten. Sie waren auch echte Patrioten. Sie sind für unser Land gefallen und ich verneige mich in größter Dankbarkeit und Anerkennung.“ Guttenberg inszenierte sich dabei – anders als seine Vorgänger – als zivilreligiöser Repräsentant, ja man könnte sagen als zivilreligiöser Priester der politischen „Gemeinschaft des deutschen Volkes“. „Soldaten, wir werden Euch vermissen. Und wer vermisst, vergisst nicht. ... Soldaten! Seid in Gottes Segen geborgen“, so am 9. 4. 2010.

Waffen hat Guttenberg noch nicht gesegnet. *Karl-Helmut Lechner*

Quellen:

Niklas Luhmann: „Grundwerte als Zivilreligion“; in Soziologische Aufklärung 3, 1981

Stefanie Hammer / Maik Herold: „Zivilreligion in Deutschland? Transzendenz und Gemeinsinnsstiftung in den Trauerritualen der Bundeswehr“ in: Gert Pickel • Oliver Hidalgo (Hrsg.), „Religion und Politik im vereinigten Deutschland“, Springer Fachmedien Wiesbaden 2013

<http://www.bundeswehr.de> unter „Gedenken“ Strohmeier-Studie 2007

Eine Woche vor den Bundestagswahlen wird in Bayern der Landtag und die Bezirkstage gewählt. Eine Verschiebung der Mehrheit hin zu jetzigen Opposition wird immer unwahrscheinlicher. Dokumentiert wird ein Vortrag im Gesprächskreis Parteien und Bewegungen der Linken, in dem es um das Phänomen der bayerischen Stabilität und um Risse in dieser Konstruktion geht. Verwiesen sei auf das Wahlprogramm und die sonstigen Wahlkampfunterlagen, die die Linke Bayern erarbeitet hat sowie auf zwei aktuelle Veranstaltungen zu diesem Thema in München, am 26.7. Diskussionsabend, am 27.7. Tagesseminar. (Siehe auch Rückseite dieser Ausgabe).

## Bayern vor den Landtagswahlen

Die **SPD** hat den Kampf um die bayerische Landtagswahl mit der Nominierung des Münchner Oberbürgermeisters Ude bereits im letzten Herbst begonnen. Als OB Münchens kann sich Ude im März 2013 nicht mehr zu Wahl stellen, er hat die in der bayerischen Gemeindeordnung festgelegte Altersgrenze von 65 Jahren überschritten, kein Hindernis für eine Kandidatur für den bayerischen Landtag bzw. für das Amt des Ministerpräsidenten. Ude wirbt für ein Regierungsbündnis aus SPD, Grünen und Freien Wählern. Unter der waghalsigen Voraussetzung, dass die FDP den Einzug in den Landtag verfehlt und die CSU schlecht abschneidet, wäre eine rechnerische Mehrheit denkbar. Der heterogene Inhalt des dazu nötigen Bündnisses nimmt Sach- und Richtungsaussagen seiner Teile den Nachdruck oder verhindert sie gleich ganz. Ude will, wie er mehrfach sagte, das Mandat nur antreten, wenn er Ministerpräsident wird. So dreht sich alles um die Person. Ude hat sich in München als verständnisvoller Politiker erwiesen. Seine Position in der für Bayern akut so wichtigen Frage der Landesentwicklung geht sachlich vom Vorrang der Landeshauptstadt München aus und ideologisch von der Überlegenheit des

Städters. Vielleicht deswegen reagiert die Öffentlichkeit angefahren auf seine Unkenntnis der bayerischen Siedlungsstruktur (jüngster Fall Verwechslung des Fichtelgebirges mit dem Erzgebirge).

Die **Freien Wähler (FW)** haben ihre Basis in der Kommunalpolitik und da vor allem außerhalb der Großstädte. In der Landespolitik blieben sie, wie in anderen Bundesländern auch, unter den Fittichen der Union. Diese Konstellation setzt innerhalb der tragenden Milieupfleglichen Umgang voraus. Der Einsatz staatlicher Machtmittel im innerparteilichen Streit, den die Staatskanzlei unter Ministerpräsident Stoiber nicht scheute, hat diese Voraussetzung lädiert. Ein zweiter, schwerwiegender Punkt ist, dass die Integration der Landesentwicklung durch die öffentliche Hand zu wünschen übrig lässt.

Während zu Anfang des Wahlkampfes SPD, Grüne und Freie Wähler durch vielerlei gegenseitige Komplimente Wechselstimmung zu entfachen suchen, hat inzwischen (Anfang Juni) der Landesparteitag der Freien Wähler einem im Parteienspektrum links von der Mitte verorteten Bündnis eine Absage erteilt. Umfragen reden davon, dass so um die 70% der FW-Anhänger, wenn überhaupt, dann ein Bündnis der CSU

Bayern: Landtagswahl 2008 und jüngste Umfragewerte:

LTW: CSU (43,4) SPD (18,6) FDP (8,0) Freie Wähler – FW (10,2%) Die GRÜNEN ( 9,4) Die Linke (4,4%)  
Umfrage: CSU (46,0) SPD (20,0) FDP (4,0) Freie Wähler – FW ( 9,0%) Die GRÜNEN (12,0) Die Linke (3,0%)

#### Gängige Begründungen für Wahlentscheidungen mit Blick auf Koalitionen

Option	Vorteile	Risiken
<b>SPD+GRÜNE+ Freie Wähler</b>	Machtwechsel, vollständige Personalerneuerung	Instabilität, Kulturschock
<b>CSU-Alleinregierung</b>	Kontinuität, Stabilität, Geschlossenheit, Alles-aus-einer-Hand	Verfälschung, von Politik und Wirtschaft, Kontrollverluste, Machtmissbrauch
<b>CSU und FDP</b>	Koalition mit Differenzierung zwischen Staat und Partei	Übergewicht von Wirtschaftsinteressen und städtischer Interessenlagen
<b>CSU und FW</b>	Koalition mit Neugewichtung der Stadt-Land-Beziehung	Instabilität, exzentrische Auftritte, offen für Rechtsextremes
<b>CSU und SPD</b>	Chance für große Innovation bei Einbindung von Arbeitnehmerinteressen	Traditionsverluste bei der CSU Verluste der Operationmöglichkeiten eingebundener Gewerkschaften

**Linke: Mehr Einfluss außerparlamentarischer Bewegungen, Stärkung von Kritik an Unsozialem, Stärkung von Friedenspolitik.**

wollen. Konsequenz führen die Freien Wähler ihren Wahlkampf nicht gegen die CSU, sondern gegen das Kabinett Seehofer und mit besonderer, beleidigender Härte ihrer Führungsperson Aiwanger gegen den Ministerpräsidenten persönlich.

Die **FDP** liegt bei Umfragen seit längerem unter 5%. Das bayerische Wahlrecht ist kompliziert, es legt ein Stimmensplitting nicht ohne weiteres nahe. Andererseits tauchen die FDP-Ergebnisse bei den neueren Landtagswahlen die 4-Prozent-Umfragewerte ins milde Licht der Hoffnung. Die Partei ist in ihrem Auftreten nicht deprimiert, hat aber Schwierigkeiten, ihre Spitzenpolitiker in ein günstiges Licht zu setzen.

Aus der Sicht der Öffentlichkeit eignet sich die FDP, etwa verkörpert z.B. durch die aus Bayern stammende Bundesministerin Leutheusser-Schnarrenberger zur bürgerrechtlich-rechtsstaatlichen Korrektur der CSU, während die Freien Wähler der Vernachlässigung nichtgroßstädtischer Interessenlagen entgegenwirken. Die FDP findet ihre Schwerpunkte dementsprechend in den Großstädten, in denen sie die wirtschaftlichen Erfolge hofiert, die Freien Wähler auf dem Lande, mit Lamento über die Ungerechtigkeit der Welt.

Die **Grünen** mussten sich in Bayern in ungewöhnlich harten Auseinandersetzungen mit der CSU und dem von ihr beherrschten Staat entwickeln. Einlass in politische Gestaltungsräume fand die Partei zunächst über die großstädtischen Milieus, es hat sich aber gezeigt, dass Ökologismus und Naturschutz eine Brücke zur Lebenswelt der traditionellen lebenden Bevölkerungsteile schlagen, die quantitative Zustimmung auf dem Lande hält sich aber in Grenzen. In München besteht seit 1990 ein rot-grün-rosa Rathausbündnis. Bei Landtagswahlen ist SPD+Grüne nicht mehrheitsfähig. Etwas Drittes wird gebraucht.

Die **Linke** spielt in der bayerischen Ausprägung des Parteiensystems nur eine Außenseiterrolle. Sie hat es hier, auch im Vergleich zu anderen Westländern, schwer, weil das bayerische Wahlgesetz eine hohe Zahl von Unterstützerunterschriften verlangt, die zudem noch auf dem Rathaus geleistet werden müssen. So konnte die Linke, die vor fünf Jahren den Einzug in den Landtag mit immerhin 4,4% knapp verfehlt, nur in wenigen Schwerpunkten Kommunalmandate erreichen.

**Kleinparteien.** Als Kleinparteien werden hier Parteien bezeichnet, die den Anspruch der Arbeit in Vertretungskörperschaften erheben und punktuell auch einlösen. Die älteste dieser Parteien ist die **Bayernpartei (BP)**, die z.B. in München ein Mandat im Stadtrat hält, die BP steht dem bundesdeutschen Zentralismus kritisch gegenüber, eine

Richtung, die im politischen Gefüge des Freistaats immer noch bedeutsam ist und von der CSU weitgehend, aber nicht eben vollständig eingehegt wird. Die **ödp** entstand, nachdem sich im Parteibildungsprozess der Grünen christlich-(katholisch)-konservative Kreise nicht angemessen berücksichtigt sahen. Sie hat sich in Bayern stärker als in anderen Bundesländern fixieren können, dies nicht zuletzt durch gekonnten Zugriff auf die Möglichkeiten direkter Demokratie (Beispiel: Nixtraucher-Volksbegehren). Die **DKP** hat in Bayern nur an ganz wenigen Orten und vorübergehend kommunalpolitische Positionen erreichen können, so in Nürnberg, in München aber nicht. Die **Piraten**, die in München bei Gelegenheiten eine außerordentliche Mobilisierungskraft demonstrieren konnten, scheinen vom bundesweiten Abschwung miterfasst. Die Stelle der **AfD** ist im Lande Bayern durch die Freien Wähler/Aiwanger besetzt, was zu erheblichen Problemen bei der Konstituierung der Partei beigetragen haben dürfte.

**Rechter Rand:** Die Verhältnisse am rechten Rand des Parteienspektrums sind unübersichtlich. In der kommunalen Politik sind Versuche erfolgreich, auf der Basis von Ausländerfeindlichkeit und aggressiver religiöser Intoleranz zu punkten. In München konnte sich, so wie in Nürnberg schon sechs Jahre zuvor, ein derartiges Bündnis (Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA)) im Kommunalwahlkampf ein Mandat holen.

Es ist nach Datenlage und gefühlter Stimmung nicht wahrscheinlich, dass der Ausgang der Landtagswahlen durch Bewerbungen und Kampagnen der Kleinen erheblich beeinflusst wird.

#### **Die CSU bewegt sich im Spannungsfeld zwischen Traditionalismus und Pragmatismus**

In der Wählerschaft des Freistaats haben sich in den letzten Jahrzehnten langsam die Gewichte der Kriterien verschoben. Traditionalistische Kriterien stellen die ideologische Orientierung in den Vordergrund. Die Repräsentierten übertragen und überlassen die politische Macht vollständig ideologisch zuverlässigen Repräsentanten. Eine Verbindung wird auf dem weiten Feld der Werte und Kulte organisiert, Aschermittwoch, Bierzeltrede, FC-Bayern-Meisterfeier, Oktoberfestanstich, Papstbesuche sind Gelegenheiten, in denen sich Regierende und Regierte im Bekenntnis zu Werten und Lebensart treffen.

Daneben hat sich im Lauf der Nachkriegsjahrzehnte in der ganzen Breite der Bevölkerung, durchaus quer zu den ideologischen Orientierungen, eine pragmatische Haltung entwickelt, die nach der Leistung der Regierung fragt. Davon zeugt die unendliche Menge der Zufriedenheitsumfragen, Städterankings usw. Gefragt wird dabei nach der

Qualität der Leistungsverwaltung, die sich in der Lebensführung der Einzelnen und der Familien zeigt und natürlich auch nach den Standortqualitäten, die für den Erfolg dieser Region in der global arbeitsteiligen Welt eine Rolle spielen. Vor diesen Hintergrund wird auch völlig unterschiedliches Abstimmungsverhalten der Wählerschaft eines Gebiets bei Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen besser verständlich.

Die CSU toleriert diesen pragmatischen Maßstab, ja sie pflegt ihn sogar. So ist ihr Wahlkampf weitgehend auf die Leistungen abgestellt, die im Vergleich zu anderen Ländern bewertet werden und nicht etwa an ideell bestimmten Zielen. Die CSU sagt mir allen Zungen, die sie hat, täglich dreimal, dass Bayern Land „im Vergleich gut dasteht“. In diesem Zusammenhang ist auch die besondere Bedeutung von Erfolgen des FC Bayern zu bewerten. Die Verschiebung weg vom Traditionalismus hin zum Pragmatismus ermöglicht der CSU auch Veränderungen z.B. in der Fragen der Lebensgestaltung und der sexuellen Orientierung sowie eine Öffnung hin zur Anerkennung der Realität von kultureller Vielfalt. Eine Polemik gegen den so aufgestellten Konservatismus, die sich an reaktionärer Traditionspflege abarbeitet, trifft nicht mehr ins Schwarze.

Schwierig ist für die CSU als jahrzehntelang dominierende Staatspartei der Einsatz von politischen Machtpositionen für persönliche Zwecke. In dieses Fach fallen die Plagiatsaffären des fast schon vergessenen v. Guttenberg und in der Stoiber-Familie, der missbräuchliche Einsatz der Staatskanzlei im innerparteilichen Kampf durch Stoiber und als neuestes (und gewiss nicht letztes) die Verwandtenbeschäftigung/-versorgung durch Landtagsabgeordnete.

Der Griff nach dem persönlichen Vorteil und die Abschirmung solcher Aktionen durch die Partei hat, wie oben schon angedeutet, zur Wiederauferstehung der schon fast ganz absorbierten FDP geführt sowie zum Ausbruch der Freien Wähler aus dem Gehege der Union. Denn in Bayern können, anders als anderswo, die probaten Gegenmittel der repräsentativen Demokratie nicht greifen, die Kräfte sind zu ungleich verteilt. In der gegenwärtigen Konstellation können Veränderungen in der Regierungsbildung innerhalb der bürgerlichen Milieus durch eine Verschiebung der Stimmen zwischen FPD-CSU-FW erreicht werden. Dazu muss die Idee einer Rechts-Links-Verschiebung nicht bemüht werden.

Der bayerische Wahlkampf wird – soweit es dabei um Regierungsbildung geht – vermutlich ganz exklusiv innerhalb der bürgerlichen, leistungs-, besitz- und traditionsorientierten Milieus entschieden. Man kann sich die Konstellation als Dreieck aus CSU, FDP und

FW vorstellen, Zu- und Abströme sind von jedem Punkt zu jedem Punkt möglich und von Belang. Stellt man sich hingegen ein solches Dreieck aus SPD, Grünen und Linken vor, so würden interne Verschiebungen nur an ausgewählten Orten eine Rolle spielen. So z.B. bei den kommunalen Mehrheitsverhältnissen in München und wohl auch in Nürnberg. Für die Landespolitik aber nicht.

### **Schwächen der Opposition im Spannungsfeld zwischen Tradition und Veränderung**

Einen guten Punkt zum Nachdenken bietet der Streit ums Familiengeld. Zweifellos wird damit eine veraltende Lebensweise gestützt und auch hofiert, die ebenso zweifellos auch für die ganz überwiegenden Teile der Wählerschaft der Union nicht (mehr) interessant ist. Aber wer so fragt, erfährt nicht die ganze Wahrheit. Im Wertekanon vieler Wähler ist Raum für die Anerkennung von Menschen, die sich auf diese – veraltete – Weise durchs Leben schlagen, von Menschen, die aus ihrer Haut (oder auch nur: aus ihrem Wohnort) nicht herauskönnen und bedrängt sind. Eine solche Konstellation findet sich in vielen Sektoren des sozialen Lebens.

Es ist eine große Schwäche der SPD, der Grünen und auch der Linken, dass sie die Leistungen der öffentlichen Hand nicht nur auf die Förderung moderner Lebensweisen ausrichten, sondern quasi polemisch gegen veraltende wenden.

Eine solche Haltung ist unproblematisch, so lange die entsprechenden Parteien aus der Minderheit heraus *für* ihre Klientel streiten. Wenn es um Gesetzgebung und Regierungsmacht geht, wird aber eine tolerierende Politik mehr Anerkennung finden, die bei der Veränderung von Lebensentwürfen auf weiche Übergänge ermöglicht; zumal im Lande Bayern, wo die Devise „leben und leben lassen“ hohes Ansehen genießt und wo man bei Begegnungen im sozialen Leben, in der Nachbarschaft, im Verein, bei Verwandtschaftstreffen usw. sieht, was alles im Angebot ist und irgendwie miteinander auskommt.

Im Zuge der Gewichtsverlagerung der Argumente von traditional nach pragmatisch ergibt sich noch einer weitere Verschiebung im Feld zwischen autoritätsgläubig ... – ... kritisch. Wenn und soweit die Bürgerinnen und Bürger die Regierung als Dienstleister sehen, den man auch mal wechseln kann, verschwimmt die Idee der Obrigkeit. Es kommt zu einer Entheiligung des Staates, die sich im Verhalten und Argumentieren in der ganzen Breite der öffentlichen Meinung beobachten lässt. Die Bürger suchen bei Staat nicht bzw. weniger Orientierung, sondern mehr: Leistung. Die Definition von Zielen geht dabei von der Obrigkeit auf den Bürger über. Parteiübergreifendes Zusammenwirken z.B. in der Kommunalpolitik ist

da keine Sensation mehr und irritiert nicht.

### **Die Bayerische Entwicklungsstörung**

Wenn auch nicht zu bestreiten ist, dass Bayern im Vergleich von Kenndaten und auch bei Fragen nach der Einwohnerzufriedenheit „gut da steht“, so bieten Daten und Lage gleichwohl Anhaltspunkte, dass eine neue Politik formuliert werden muss, wenn die Entwicklung nicht in die Sackgasse führen soll. Wie oben bei der Entstehung der Freien Wähler bereits erwähnt, lässt der Erfolg eines seit Beginn des 19ten Jahrhunderts eingeführten, erprobten und bewährten Verfahrens der Landesentwicklung zu wünschen übrig.

Die Politik der Konzentration der Mittel auf Zentren, besonders die Landeshauptstadt, die dort zu neuen Kombinationen und musterhaften Neuerungen führen, die Erfolg auf den Weltmärkten haben und die Modernisierung des ganzen Landes antreiben, ist an eine Grenze gestoßen. In den Kerngebieten der Ballung steigen die Lebenshaltungskosten so, dass ganze Sektoren von Arbeitskräften dort, wo sie gebraucht werden, nicht mehr existieren können. In den Zwischenzonen und Randgebieten des Freistaates kommt es zu gravierenden, durch Wegzug mangels Perspektive ausgelöst und durch den demografischen Wandel verschärften Bevölkerungsverlusten.

Die Gefährdung traditional ausgerichteter Lebensweisen durch solche Prozesse ist, wie oben schon erwähnt, neben der Korruption der CSU der zweite wichtige Grund für den Aufmarsch der Freien Wähler in der Landespolitik (die Partei hat sich jahrzehntelang in der Kommunalpolitik entwickelt, und genau da zeigen sich die Entwicklungsprobleme am deutlichsten.)

Angesichts dieser – für Bayern durchaus massiven – Störungen ist es schon sehr erstaunlich, wie schwer es den Parteien fällt, über Alternativen wirtschaftlicher Entwicklung auch nur zu sprechen.

### **Eine Chance für Kritik und Entwicklung von Alternativen**

Bei der Arbeit am bayerischen Landtagswahlprogrammes ist Die Linke auf diese Probleme gestoßen und hat Kritiken/Forderungen entwickelt, die mittelfristig greifen können.

Zu registrieren wären Verschiebungen im Stadt-Land-Verhältnis und in der öffentlichen Meinung. Dazu wenige kurze Sätze:

a) Der Lebensstil der Menschen im ländlichen Raum ist heute nicht mehr rural, sondern urban, nicht mehr bäuerlich-handwerklich, sondern industriell-wissenschaftlich. Ursache dafür sind Veränderungen in der medialen Kommunikation und im Verkehrswesen. Wenn die Wissenschaft heute von der

Ordnung des Siedlungsraums nach dem Muster metropolitaner Regionen spricht, ist von einem Prozess die Rede, der die „Zwischenräume“ vielleicht noch mehr verändert als die „Zentren“. Moderne, zukunftsweisende Faktorkombinationen können (überspitzt gesagt) an jeder Stelle des Raum entstehen.

b) Die Politik, die öffentliche Hand, deren Eingriffe / Leistungsangebote unerlässlich wird, verfällt als Dienstleister dem Qualitätsurteil der Bevölkerung. Es braucht den Blick für konkrete Entwicklungschancen, die Fähigkeit, komplementäre Eignungen zu erkennen, ins öffentliche Bewusstsein zu rufen und durch angemessenen Einsatz öffentlicher Mittel zu fördern.

c) Der Blick auf die Zwischenräume öffnet (beinahe paradoxerweise) die Perspektive zu benachbarten Ländern/Ballungen. Er verändert auch das Lebensgefühl, öffnet den Blick für eine Realität. Führungsvorteile, die besonders für große Projekte in Forschung und Entwicklung bedeutsam sind, können erkannt werden, die Wirtschaftsräume, die sich in Liefer-/Kooperationsbeziehungen längst herausgebildet haben, auch die Kulturräume, die durch Reisen und Berufsbiografien gebildet sind, können ins öffentliche Bewusstsein treten und mit den Mitteln der öffentlichen Hand gehegt werden. (Beispiele wären die Beziehungen von Bayern aus nach Prag, Wien, Innsbruck-Mailand, Zürich, aber auch verbesserte Binnenbeziehungen in der BRD).

In diesen Diskussion hat die Linke gegenüber allen anderen Parteien einen entscheidenden Vorteil: Sie kann das Phänomen der Hebung komparativer Eignungen mit einer für Kooperation und Solidarität aufgeschlossenen Haltung angehen.

Links tradierte tragende Werte würden notwendige Neuerungen sozial einhegen, aufgeschlossen für Demokratie könnte linke Politik zivilgesellschaftliche Teilhabe als Bereicherung aufgreifen.

Für den bayerischen Wahlkampf ein Vorteil ist es, dass sich von dieser Position aus die „bayerische Außenpolitik“ z.B. gegenüber Tschechien, die ungerechte Ausblendung von Interessenlagen von Bevölkerungsgruppen, die Hybris der Hauptstadt und vieles andere mehr so angreifen lässt, dass positive Vorschläge / Forderungen dabei glaubhaft bleiben.

Für die Linke besteht in diesem Wahlkampf bundesweit die Chance, als Garant im unmittelbar, persönlichen Sinn „sozialer“ Bedürfnisse abermals Anerkennung zu finden. In dieser Umgebung lassen sich auch Argumente entwickeln und glaubhaft machen, die das „soziale“ Moment in den strukturierenden Interventionen der öffentlichen Hand herausarbeiten, zur Diskussion stellen und Alternativen fordern.

*Martin Fochler*

<b>Türkei: Wie weiter?</b>	<b>2</b>
<b>Aktuelle Meldungen</b>	<b>3</b>
Flüchtlingsrat: Umgang mit Hungerstreikenden ist menschenverachtend	
<b>Linke-Parteitag: Raus aus der Defensive!</b>	<b>4</b>
<b>Extreme Naturereignisse kann man nicht verhindern, aber die Folgen abmildern</b>	<b>5</b>
Naturkatastrophen: Ein Rückblick aus naturwissenschaftlicher Sicht	
<b>Auslandsnachrichten</b>	<b>8</b>
Schweiz: Abstimmungskampf gegen den 24-Stunden-Arbeitstag eröffnet	
• Schweiz: Aktionstag für Reinigungskräfte • Luxemburg: Demonstration für Luxair-Beschäftigte • Algerien: Leihbeschäftigte nehmen Arbeit wieder auf • Marokko: ITF verurteilt Busunternehmen • Costa Rica: Streik bei Del Monte • USA: Langer Streik bei Wal-Mart	
<b>Aktionen ... Initiativen</b>	<b>10</b>
Endlagersuchgesetz wird Atomstill-Konflikt nicht lösen • Paritätischer zeigt sich enttäuscht über Pflegebericht • Aktionswochen gegen Antisemitismus 2013 finden statt • „Rede Obama: In Sachen nuklearer Abrüstung eher Nebelkerzen • TTIP – Nein danke! Transatlantische Partnerschaft geht anders • Flüchtlinge aus Afghanistan suchen in Karlsruhe Schutz vor der Abschiebung nach Ungarn • Menschenrechte für Migranten und Flüchtlinge: Positionen von Pro Asyl, DGB und Interkulturellem Rat zur Bundestagswahl	
<b>„Lampedusa in Hamburg“</b>	<b>11</b>
<b>Bundesgartenschau Mannheim</b>	<b>12</b>
<b>NSU-Anschläge – Beratung für Betroffene in Köln</b>	<b>13</b>
<b>Kommunale Politik</b>	<b>14</b>
Senat betreibt Lohndrückerei: Berlin. • CDU und Piraten stimmen Anträgen der Linken zum Wohnkonzept zu: Hannover. • Kommunalwirtschaftliche Strukturen beim Wasser und ehrenamtliche Strukturen beim Rettungsdienst haben Bestand: Berlin. •	
<b>Transnationale Unternehmensvereinbarungen – ein Aspekt im Umbruch der Arbeitsbeziehungen</b>	<b>15</b>
<b>Dokumentiert: Die IG Metall hat die Beschäftigten gefragt, was sie von der Politik erwarten</b>	<b>17</b>
<b>NGG: „Die Aufmerksamkeit ist überfällig!“</b>	<b>18</b>
<b>Verdi: Jetzt mehrtägige Streiks bei Amazon</b>	<b>18</b>
<b>Wirtschaftspresse</b>	<b>18</b>
<b>Wenn immer mehr Särge kommen: Trauer-rituale für die „Gefallenen“ der Bundeswehr</b>	<b>19</b>
<b>Bayern vor den Landtagswahlen</b>	<b>21</b>

Freitag, den 26. Juli 2013, um 18.30 Uhr, München, im Augustiner Bürgerheim, Bergmannstr. 33, Haltestelle Schwanthalerhöhe U4, U5. „MitLinks“-Diskussionsabend:

## Mit Volldampf in die Sackgasse? Der täuschende Traum von der (heimlichen) Hauptstadt

Linke aus Berlin/Brandenburg und München/Bayern diskutieren über das Planungskonzept der Zentralität, seine Reize, die Risiken für die Landesentwicklung und über Alternativen.

- Mit Klaus Lederer (Berlin),
- Thomas Falkner (Brandenburg),
- Manfred Lindner (Ingolstadt) und
- Brigitte Wolf (München).

Seminartag zum Thema am Samstag, den 27. Juli von 9 Uhr bis 16 Uhr in der Jugendherberge München Park, U-Bahn München Thalkirchen, Miesingstraße 4, 81379 München. Veranstalter: Forum Linke Kommunalpolitik München e.V. in Zusammenarbeit mit der „Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ und dem Forum Demokratischer Sozialismus. Anreise siehe: <http://www.jugendherberge.de/Jugendherbergen/Muenchen-Park249/Anreise>

## Bayern: Gestörte Entwicklung?

Im Ballungsraum München / Oberbayern werden die Mieten unbezahlbar. In anderen Gegenden des Landes werden die Einfamilienhäuser schwer verkäuflich. Immer noch kennt der Verteilungsschlüssel für Steuermittel die sog. „Einwohnerveredelung“, die Ballungszentren begünstigt. Der Ausbau des ganzen Landes – zum Beispiel der Kommunikationsmittel – bleibt hingegen ein freundlich zur Kenntnis genommener unerfüllter Wunsch.

Wir diskutieren an Hand von Auszügen aus öffentlichen Dokumenten:  
– Landesentwicklungsplan Bayern,  
– der Leitlinie München zur langfristigen Siedlungsentwicklung,  
– der Ergebnisse der DGB-Regionalkonferenz,  
ob die von der Landespolitik und der Regionalpolitik ins Auge gefassten Ausgleichsmaßnahmen aussichtsreich sind, oder ob tatsächlich von einer strukturellen Störung der wirtschaftlichen Entwicklung gesprochen werden muss, die nach dem alten Konzept: „Die Entwicklung in der Ballung zieht

das ganze Land mit“ nicht mehr behoben werden kann.

Wird die Siedlungsstruktur, die wir heute in Europa antreffen, nicht besser als Netzwerk urban geprägter Räume und als Netzwerk aufeinander angewiesener Städte verstanden? Brauchen wir statt der Dominanz der Ballungsräume über ihr Umland nicht eher eine neue Form der Kooperation zwischen Stadt und Land?

Zur Diskussion dieser Fragestellung ziehen wir Auszüge aus Dr. Wigand Ritter, Wirtschaftsgeografie, und Christian Staudacher, Wirtschaftsgeographie regionaler Systeme, heran.

**Anmeldung ist unbedingt erforderlich**, da Material zur Verfügung gestellt werden muss: bei [fochlermuenchen@gmail.com](mailto:fochlermuenchen@gmail.com)

Bei Anreise von auswärts helfen wir bei der Suche nach Übernachtungsmöglichkeiten.

Vorbereitung: Martin Fochler ([fochlermuenchen@gmail.com](mailto:fochlermuenchen@gmail.com)), Rüdiger Lötzer ([ruediger-loetzer@onlinehome.de](mailto:ruediger-loetzer@onlinehome.de)), Brigitte Wolf ([brigitte-wolf@freenet.de](mailto:brigitte-wolf@freenet.de)).

## Neu bei Rosa Luxemburg Stiftung: Zwischen Skandalisieren und Verschweigen

Beiträge zur Tagung „Zwischen Skandalisieren und Verschweigen. Reichtum und Armut im öffentlichen Diskurs“ am 20. April 2013 in Berlin.

Auf der Tagung stellten zunächst Hans-Jürgen Arlt und Wolfgang Storz ausgewählte Ergebnisse ihrer für die Rosa-Luxemburg-Stiftung erstellten Studie über die journalistische Meinungsbildung zu Armut und Reichtum vor. Die Studie „Portionierte Armut, Blackbox Reichtum. Die Angst des Journalismus vor der sozialen Kluft“ untersucht die Kommentierung die-

ses Themas durch den Tagesspiegel, die Berliner Zeitung, die Süddeutsche Zeitung, die Frankfurter Allgemeine Zeitung, den Spiegel und die Zeit. Auszüge aus dem Resümee der Studie, ein Beitrag der beiden Autoren mit ergänzenden Materialien und Befunden sowie die schriftlichen Fassungen der Vorträge von Ulrike Herrmann und Sebastian Bödeker auf der Tagung werden hier dokumentiert.

Erhältlich als Online-Publikation unter: <http://rosalux.de/publication/39588/zwischen-skandalisieren-und-verschweigen.html>

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in vier Wochen am 1. August 2013.

Redaktionsschluss: Freitag, 26. Juli.

Artikelvorschläge und Absprachen über [pb@gnn-verlage.de](mailto:pb@gnn-verlage.de).

Die weiteren Erscheinungstermine:

12. Sept., 10. Okt., 7. Nov., 5. Dez. 2013,